

PLANSPIEL

**„EUROPÄISCHE ENERGIEPOLITIK
NACH FUKUSHIMA“**

IM RAT DER EU

*Jean-Monnet-Lehrstuhl für
Europäische Integration
und Europapolitik*

Prof. Dr. Michael Kaeding

Autorin:

Susanne Gerngroß

Unter Mitarbeit von:

Manuel Gath

Julia Franziska Hammerl

Christian Kröll

Sonja Lehringer

Inhaltsverzeichnis

1 Hinweise für Lehrer / Leiter	4
1.1 Überblick über die Unterlagen	4
1.2 Phasen des Planspiels	4
2 Materialien	10
2.1 Material 1: Einführung in das Thema	10
2.2 Material 2: Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie.....	12
2.3 Material 3: Das politische System der EU	14
2.4 Material 4: Der Rat der EU	16
2.5 Material 5: Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens bzw. der Simulation.....	18
3 Verhaltensregeln & Ablauf	21
3.1 Verhaltensregeln	21
3.2 Sitzungsablauf	21
4 Rollenprofile	23
Beispiel: Rollenprofil Urbanien.....	24
Rollenprofil Belgien	26
Rollenprofil Bulgarien	29
Rollenprofil Dänemark	32
Rollenprofil Deutschland.....	35
Rollenprofil Estland	38
Rollenprofil Finnland.....	41
Rollenprofil Frankreich.....	43
Rollenprofil Griechenland	45
Rollenprofil Großbritannien.....	47
Rollenprofil Lettland.....	55
Rollenprofil Litauen.....	57
Rollenprofil Luxemburg.....	59
Rollenprofil Malta.....	60
Rollenprofil Niederlande	63
Rollenprofil Österreich.....	65
Rollenprofil Polen	67
Rollenprofil Portugal	69
Rollenprofil Rumänien	71

Rollenprofil Schweden.....	73
Rollenprofil Slowakische Republik.....	76
Rollenprofil Slowenien.....	78
Rollenprofil Spanien.....	81
Rollenprofil Tschechische Republik.....	84
Rollenprofil Ungarn.....	87
Rollenprofil Zypern.....	89

1 Hinweise für Lehrer / Leiter

Überblick über die Unterlagen

Die Unterlagen zum Planspiel teilen sich in fünf große Abschnitte auf: die Hinweise für Lehrer und Leiter des Planspiels, die Vorbereitungsunterlagen, die Regeln der Simulation, die Rollenprofile und Kopiervorlagen für Namens- und Tischschilder. Letzteres finden Sie in einer Extra-Datei auf der Homepage.

Die Vorbereitungsunterlagen, die Sie unter Punkt 2 finden, dienen der Einarbeitung in das Planspiel und beinhalten eine thematische Einführung, den Richtlinienvorschlag der Kommission, der Gegenstand der Verhandlungen sein wird, eine Übersicht über das politische System der EU, eine Einführung in die Funktionsweise des zu simulierenden Ministerrats sowie über das Mitentscheidungsverfahren, das nachgespielt wird. Die Vorbereitungsunterlagen sind mit Arbeitsaufträgen versehen, so dass Wissen teilweise eigenständig bzw. in Gruppen erworben und vertieft werden kann. Die Materialien dienen als Kopiervorlage und können während des Planspiels als Nachlese verwendet werden. Daher sind die Arbeitsaufträge auf gesonderten Seiten abgedruckt. Die Spiel- und Verhaltensregeln befinden sich im dritten Abschnitt. Unter Punkt vier sind die Rollenprofile abgedruckt. Die Teilnehmer vertreten die entsprechenden Fachminister in einer Sitzung des Rates der EU. Für die Durchführung des Planspiels erhält jeder Teilnehmer entsprechend ein Rollenprofil für den Minister, dessen Rolle er einnehmen wird. Die Beschreibung beinhaltet eine kurze Skizzierung des jeweiligen Ministers, die Standpunkte der Regierung zu den vier Punkten aus dem Kommissionsvorschlag, sowie die Ziele für die Sitzung. Um einen Einblick in die Art dieser Unterlagen zu bekommen, befindet sich exemplarisch unter Punkt 4 ein Rollenprofil des fiktiven Landes Urbanien. Die Rollenprofile werden nicht allen Teilnehmern zugänglich gemacht, sondern jeweils nur den entsprechenden Rollen-Vertretern ausgehändigt. In einem weiteren Dokument sind schließlich noch Kopiervorlagen für die Namensschilder, die den Nachnamen des jeweiligen Ministers mit Nationalfahne beinhalten, und Tischschilder mit den jeweiligen Staatsnamen.

Phasen des Planspiels

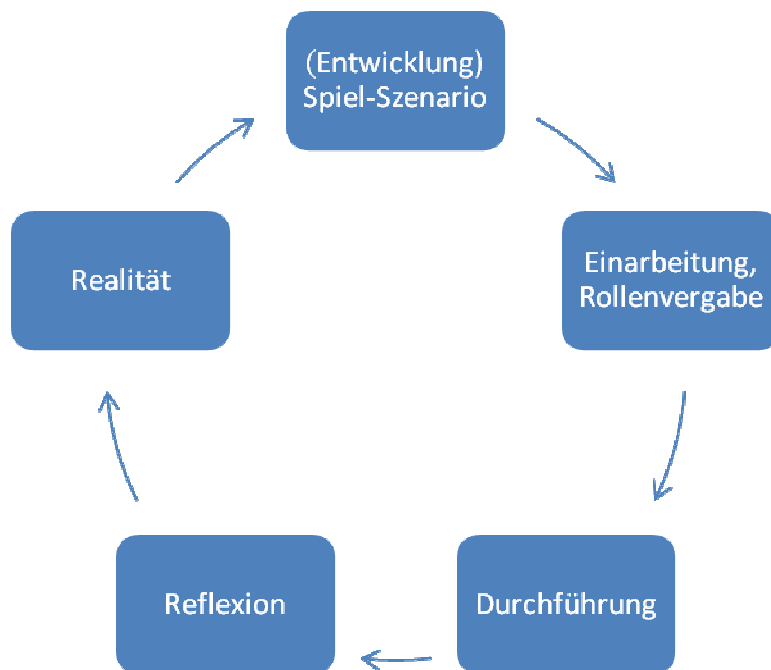
Vorbereitung

Vor der Durchführung des Planspiels muss zunächst eine Bedarfsanalyse durch die Lehrkraft stehen. Wichtige Überlegungen sind hier zunächst, welcher Inhalt des Lehrplans durch

ein Planspiel umgesetzt werden kann und welches Thema auch die Lebenswelt der Adressaten anspricht, d.h. welche Realität mit der Simulation vermittelt werden soll. Dieses Planspiel vermittelt die Funktionslogik der Europäischen Institutionen, im Speziellen das Zusammenspiel von Kommission, Rat und Parlament im Mitentscheidungsverfahren. Als thematisches Beispiel wurde die Energiepolitik gewählt. Dieses eignet sich besonders gut, da das Thema rund um die Atomkraftwerke und die erneuerbaren Energien einen leichten Zugang für die Teilnehmer bietet und sie in ihrer Lebenswelt anspricht.

Als nächstes geht es um den Komplexitätsgrad des Planspiels, der sich am Wissensstand der Adressaten misst und somit um die Auswahl bzw. die Entwicklung des Spielszenarios. Das Planspiel „Europäische Energiepolitik nach Fukushima“ kann für die Mittel- und Oberstufe in der Schule, für Studenten aber auch in der Erwachsenenbildung eingesetzt werden. Das Thema lässt sich anhand der Rollenprofile auf einem sehr einfachen Niveau diskutieren. Mit einem erweiterten Wissensstand der Teilnehmer kann das Thema aber auch komplexer erörtert werden.

Weiter zu beachten sind praktische Dinge, wie das Zeitfenster, das für die Vorbereitung und die Durchführung des Planspiels zur Verfügung steht, ob es zusätzliche finanzielle Mittel gibt, um professionelle Unterstützung zu engagieren (bei Bedarf stehen Ihnen die Mitarbeiter des Lehrstuhls gerne zur Verfügung), und schließlich auch, wie die Raumkapazitäten sind.



In der Vorbereitungsphase werden das Thema, die Planspielmethode, Regeln und Rollen, Materialien, Lern- und Leistungserwartungen (z. B. Positionspapiere schreiben, Portfolio erstellen), Lernziele und der Ablauf mit abschließender Reflexion dargestellt. Wenn Noten für die Leistungen beim Planspiel gegeben werden, kann dies dazu führen, dass die

Teilnehmer sich nicht völlig frei emotional dem Spiel hingeben. Des Weiteren wird den unterschiedlichen Charakteren der Teilnehmer, aus denen auch das Engagement im Spiel

resultiert, nicht Rechnung getragen, ebenso wie den verschiedenen Rollen. Die Notengebung hat hier einen besonders subjektiven Beigeschmack. Es empfiehlt sich auf andere Arten zurückzugreifen, wie etwa Portfolios. Nicht zu unterschätzen in dieser Einführungsphase ist eine adäquate Motivation der Teilnehmer. Je stärker diese motiviert sind bzw. werden, desto mehr werden sie sich auch später in der Simulation engagieren.

Die Einführung in das thematische Feld kann auf unterschiedliche Weise stattfinden: frontal, in Gruppenarbeiten, als Hausaufgabe oder durch eine Kombination daraus. Wichtig ist, dass es eine Einführung in das gesamte Thema und in das Szenario des Spiels gibt. Die Materialien dieses Planspiels sind so aufgebaut, dass es nach einer inhaltlichen Einführung zu den jeweiligen Themenkomplexen Arbeitsaufträge zum weiteren Wissenserwerb gibt. Zu Beginn sollte ein Überblick über die zur Verfügung gestellten Materialien und die zu simulierenden Akteure bzw. Gruppen oder Institutionen gegeben werden. Als ersten inhaltlichen Schritt in dieser Einführungsphase empfiehlt sich zunächst ein Einstieg in das Thema der Europäischen Energiepolitik. Das Arbeitsblatt 2.1 gibt eine Einführung, die Teilnehmer sind jedoch angehalten, einzelne Aspekte genauer zu recherchieren und sich über diese Kenntnisse gegenseitig zu informieren. So soll ein möglichst großer Überblick über die verschiedenen Aspekte des Themenfeldes entstehen. Nach dieser thematischen Einführung wird der Kommissionsvorschlag für den zu bearbeitenden Rechtsakt vorgestellt (Material 2.2). Dieser beinhaltet vier Themenfelder der Energiepolitik, die in der Simulation bearbeitet werden. Nachdem die Teilnehmer schon einen Überblick über das Politikfeld haben, können Sie nun erste Vermutungen anstellen, wie die unterschiedlichen Interessenlagen innerhalb der EU sein könnten. Als nächsten Schritt werden die systemrelevanten Inhalte bearbeitet. Zunächst wird ein Überblick über das Institutionengefüge der Europäischen Union gegeben (Material 2.3), um dann auf den zu simulierenden Rat der EU und seine Abstimmungsregeln (Material 2.4) sowie den Gesetzgebungsprozess (Material 2.5), der dem Ablauf der Simulation gleichzusetzen ist, eingehen zu können.

Des Weiteren werden in dieser Einführungsphase den Teilnehmern die Regeln des Planspiels erklärt (Punkt 3): Es muss klar sein, wo Freiräume liegen und welche Regeln strikt eingehalten werden sollten, um den Ablauf des Spiels zu gewährleisten und Lernerfolge zu erzielen. Um einen harmonischen Spielverlauf zu gewährleisten, sind Regeln der Konfliktlösung und gewisse Verhaltensweisen im respektvollen Umgang miteinander einzuhalten, um eine fruchtbare Kommunikation und Kooperation unter den Teilnehmern zu gewährleisten. Dazu gehört auch, bewusst zu machen, dass die Teilnehmer Rollen spielen und sie die ihnen vorgegebenen Positionen und nicht ihre eigenen vertreten. Damit sich die Teilnehmer klar von ihrer eigenen Personen distanzieren und in die Rolle schlüpfen können, gibt es

einige Hilfsmittel. Dazu zählt, Namen und Tischschilder zu verteilen (Kopiervorlagen in weiterer Datei) und einen Dresscode vorzuschreiben, um den Verfremdungseffekt noch zu verstärken.

Als nächstes finden die Rollenverteilung und die sich daran anschließende Einarbeitung in die Rollen statt. Die Beschreibung der Rollen beinhaltet die Position des zu vertretenden Ministers im Hinblick auf den Kommissionsvorschlag zur Richtlinie. Die Rollen sind an die aktuellen Minister angelehnt, werden aber von den Teilnehmern geschlechtsneutral gespielt.

Bei geringerer Teilnehmerzahl können kleinere Länder von anderen vertreten werden, die ähnliche Positionen haben. Beispielsweise kann Zypern durch Griechenland mit repräsentiert werden. Der Teilnehmer vertritt dann aber weiterhin die griechische Position, erhält nur die Stimmen von Zypern dazu. Bei mehr als 28 Teilnehmern können große Länder von zwei Teilnehmern simuliert werden. Das Rollenprofil gilt dann für beide Spieler, die Stimmengewichtung erhöht sich aber nicht.

Je nach Teilnehmerzahl wird der Sitzungsvorsitz von der Spielleitung oder den Teilnehmern übernommen. Bei einer niedrigen Teilnehmerzahl leitet der Lehrer bzw. Teamer die Sitzung. Bei vielen Mitspielern kann die Sitzungsleitung – wie in der Realität – die aktuelle Ratspräsidentschaft inne haben. Die Leitung des Rates sollte dann von zwei Teilnehmern übernommen werden. Die Ratspräsidentschaft ist neutral, versucht einen Konsens zu finden und zwischen den Teilnehmern zu vermitteln, kann aber weiterhin mit abstimmen. Die Präsidentschaft bzw. der Sitzungsvorsitz führt die Rednerliste, ruft die Teilnehmer auf, wenn diese dran sind, beginnt und schließt die Sitzung, prüft die Anwesenheit, leitet die Abstimmung, sammelt die Änderungsanträge und präsentiert diese per Beamer und Laptop allen Teilnehmern. Wenn Teilnehmer die Ratspräsidentschaft übernehmen, stehen Spielleiter bzw. Lehrer dem Ratsvorsitz beratend zur Verfügung.

Bereits in der Vorbereitungsphase macht die Lehrkraft auf die am Ende stehende Reflektion- und Evaluationsphase aufmerksam. Die Teilnehmer müssen im Spiel auf ihr vorher Erlerntes zurückgreifen und lernen somit effektiv, ihr Wissen einzusetzen. Wichtig ist daher, die in Planspielen erbrachte Leistung und den Lernerfolg zu reflektieren.

In der Vorbereitungsphase müssen sich die Teilnehmer also mit dem Gegenstand bzw. der Problemlage vertraut machen, sie sollten Fakten und Informationen zur Thematik gelesen oder erarbeitet haben, die Regeln und den Ablauf des Planspiels kennen und sich der eigenen Rolle mit seinen Ressourcen, Zielen und Interessen bewusst sein.

Durchführung

In der Durchführungsphase sind die Anpassungs- und Eingriffsmöglichkeiten in das Planspiel durch die Spielleiter mit zu berücksichtigen. Diese können aufgrund von geänderter Teilnehmerzahl, veränderter Zeiten oder Räume jederzeit nötig werden. Daher sollte eine gewisse Flexibilität im Ablauf und durch die Leitung möglich sein.

Der Erfolg eines Planspiels und die Zufriedenheit der Teilnehmenden hängen neben einem inhaltlich ausgereiften Planspiel nicht zuletzt auch von einer guten Spielleitung ab. Hier wird vor allem die Führungskompetenz im Sinne einer verständlichen Erklärung des Spiels, nützlicher Hilfestellung während der Simulation, ggf. inhaltlicher Inputs, Engagement, Begeisterung und Interesse bei der Durchführung, Gestaltung einer angenehmen Lernatmosphäre und einer kompetenten Reflexion am Schluss berücksichtigt. Welche Rolle der Leitung konkret in der Simulation zukommt, variiert sehr stark. Dies kann von einer rein begleitenden, über eine unterstützende Rolle in der Verhandlungsleitung bis hin zu einer kompletten Führung des Planspiels gestaltet sein. Generell sind der Grad der Handlungsautonomie, der Wissensstand und die einzelnen Fähigkeiten der Teilnehmer darüber entscheidend, wie groß die Einbindung der Leitung in den Prozess ist.

Die Simulation beginnt mit der Präsentation des Richtlinienvorschlags durch die Kommission. Die Rolle der Kommission wird von der Spielleitung übernommen. Anschließend gibt das Europäische Parlament, das ebenfalls von der Spielleitung dargestellt wird, seine Änderungswünsche aus der ersten Lesung bekannt. Dann beginnt der Rat mit seiner ersten Lesung und die eigentliche Simulation für die Teilnehmer beginnt. Wenn nach der zweiten Lesung immer noch keine Einigung zwischen den Institutionen erzielt wurde, kann ein Vermittlungsausschuss, unter der Leitung der Kommission, die von der Spielleitung übernommen wird, bestehend aus Mitgliedern des Parlaments, die ebenfalls von der Spielleitung simuliert werden, und Mitgliedern des Rates eingesetzt werden (siehe Material 5).

Es ist jederzeit möglich, eine Pressekonferenz abzuhalten. Dies bietet oft eine Abwechslung zur Diskussion unter den Teilnehmern und reflektiert den bisherigen Spielverlauf. Dabei schlüpfen die Teamer und Dozenten in die Rolle von europäischen Journalisten und stellen den Teilnehmern Fragen über den Verhandlungsverlauf. Des Weiteren können in den Pausen auch Lobbyisten auf die Teilnehmer zukommen. Diese werden ebenfalls von den Teamer und Dozenten gespielt. Sie versuchen mit Argumenten und Versprechungen Einfluss auf die Minister zu nehmen.

Reflexion

In der inhaltlichen Reflexionsphase wird der politische Konzeptaufbau bei den einzelnen Teilnehmern sichtbar. Am Beispiel der EU-Energiepolitik können die Schüler das politische System der Europäischen Union verinnerlichen, insbesondere durch die Selbsterfahrung der Simulation im Rat der EU können sie das Ordentliche Gesetzgebungsverfahren, das Verhalten bei Abstimmungen, die Verhandlungsführung und Kompromissfindung vertiefen. Zudem lernen sie über das Politikfeld der Energiepolitik die unterschiedlichen nationalen Interessenslagen und die Heterogenität der Staaten kennen.

In der methodischen Reflexion stehen die zur Verfügung gestellten schriftlichen Spielunterlagen, der Realitätsbezug und der Grad der Komplexität des Planspiels, die Kompetenzen der Planspielleitung, Aspekte der Planspieldidaktik, ob die Probleme aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden konnten, aufgetretene Schwierigkeiten, der Umgang mit dem Vorwissen der Teilnehmer, Durchführungsdauer und -art und vor allem der Lernerfolg bzw. der Erkenntnisgewinn im Fokus. Für die Einbindung in das zu behandelnde Themenfeld sollte nicht nur das Planspiel an sich reflektiert werden, sondern auch der Rückbezug auf die Realität. Diese Evaluation kann mündlich in der Gruppe, schriftlich z.B. durch Moderationskarten und anschließendes Sammeln an der Tafel oder auf Poster, durch Fragebögen oder eine Kombination aus diesen stattfinden.

In der Reflexionsphase werden die Teilnehmer auch wieder aus ihrer simulierten in die reale Welt geführt. Dazu gehört auch, dass sie aktiv aus ihrer Rolle austreten und wieder sie selbst werden. Die Reflexionsphase sollte daher auch eine Reflexion über die Erfahrungen in der Rolle beinhalten. Dazu gehört, wie sich die Schüler dabei gefühlt haben, eine andere Position als ihre eigene einzunehmen, eine andere Person zu sein, ob sie dabei mit den Mitspieler vielleicht anders umgegangen sind, ob Mitspieler sich anders verhalten haben etc. Um eine Reflexion über das Verhalten und die Gefühle in der Rolle zu erreichen, gibt es z.B. die Methode, das sich die Teilnehmer hinter ihren Stuhl stellen, die Namensschilder abnehmen und kann kurz mündlich über das Erfahrene berichten.

2 Materialien

2.1 Material 1: Einführung in das Thema

Am 11. März 2011 erlebte Japan eine der größten Katastrophen seiner Geschichte. Nach einem Erdbeben folgte eine 20 Meter hohe Tsunami-Welle, die einen Küstenstreifen von 400 km verwüstete. Einen Tag danach folgte eine Explosion im Atomkraftwerk Fukushima Daiichi, welche zu einer Reaktorschmelze führte. 19000 Menschen starben durch den Tsunami und viele Tausende mussten ihre Heimat auf der Flucht vor radioaktiver Verseuchung verlassen.

Die Katastrophe führte in den EU-Staaten zu vielen Diskussionen, jedoch mit unterschiedlichen Ergebnissen. Während Deutschland die Energiewende einleitete, um sich von der nuklearen Energiegewinnung zu distanzieren, und die Italiener per Referendum gegen den Einstieg votierten, bauen Frankreich und die Niederlande neue Atomkraftwerke. Wieder andere Länder wie Griechenland oder Malta, die noch nie durch Kernspaltung Energie gewonnen haben, sehen sich durch die japanische Katastrophe bestätigt, müssen aber gleichzeitig Atomstrom von Nachbarländern kaufen, um der eigenen Bevölkerung genügend Energie zu liefern. Innerhalb der EU einigte man sich im März 2011 auf Sicherheitsbewertungen der Kernkraftwerke, die sogenannten Stress-Tests. Das Ergebnis ist, dass kein Kraftwerk vom Netz gehen muss, bei vielen ist jedoch die Erhöhung der Sicherheitsvorkehrungen nötig. Nach der verheerenden Katastrophe von Fukushima und der Neubewertung der Atomkraft steckt die EU zwischen mehreren Zielen fest. Die Staaten der EU sind in hohem Maße von Energieimporten abhängig, über 50% des europäischen Energiebedarfs werden durch externe Einfuhren gedeckt, Tendenz steigend. Ziel der EU ist es, diese Versorgung durch Abkommen und Vereinbarungen zu sichern und gleichzeitig abzubauen. Im Rahmen des Klimawandels haben sich die Staaten der Europäischen Union auf selbstgesteckte Klimaziele geeinigt: die Minderung der Emissionen, die technische Weiterentwicklung erneuerbarer Energien und 20% Energieeinsparung bis 2020. Atomkraftwerke sind trotz ihrer Risiken CO₂-freundlich und energieeffizient. Energiepolitik ist ein wenig vergemeinschaftetes Politikfeld der EU, denn die Versorgung der Bürger/-innen mit Energie ist immer noch nationale Angelegenheit. EU-weite verbindliche Rechtsakte sind nur schwer auszuhandeln.

Arbeitsaufträge:

1. Lesen Sie zunächst die Einführung in das Thema.
2. Teilen Sie sich in sechs Gruppen auf, jede recherchiert zu einem der hier angesprochenen Inhalte:
 - a. Die Katastrophe von Fukushima
 - b. Übersicht über die Anzahl der Atomkraftwerke in den jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU
 - c. Das Ergebnis der Stresstests für die europäischen Atomkraftwerke
 - d. Die 20-20-20-Ziele der EU
 - e. Die Energiestrategie der EU
 - f. Die Abhängigkeit von Energieimporten der europäischen Länder

Jede Gruppe hält auf einem Plakat fünf Punkte zu ihrem Thema fest. Anschließend präsentieren Sie das Poster im Plenum. Zum Nachlesen können Sie die Plakate an der Wand aufhängen, so haben Sie während des Planspiels einen guten Überblick über die verschiedenen Inhalte des Themenfeldes.

2.2 Material 2: Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie

Die Kommission hat dem Parlament und dem Rat der EU einen Vorschlag für eine Richtlinie unterbreitet, dem beide zustimmen müssen. Hier sind die wichtigsten Punkte kurz zusammengefasst, die Sie in der Sitzung des Rats der EU diskutieren werden:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Nach der Katastrophe von Fukushima sind die Folgen von Unfällen in Atomkraftwerken einmal mehr sichtbar geworden. Die Europäische Union sollte daher in der Welt mit gutem Beispiel vorangehen und bis 2050 alle Atomkraftwerke in den Mitgliedsländern abschalten.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Wenn bis 2050 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, muss die Energiezufuhr durch andere Energieträger sichergestellt werden. Um nicht auf fossile Brennstoffe wie Kohle zurückzugreifen zu müssen, die einen hohen CO₂-Ausstoß haben und im Widerspruch zu den Klimazielen der EU stehen, sollten die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, sowohl in Quantität als auch in Qualität. Ziel soll es daher sein, bis 2050 mindestens 50% des jeweiligen nationalen und somit auch des europäischen Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Um die Energiewende zu ermöglichen, ist der Ausbau eines europäischen Stromnetzes, das nationale Grenzen überschreitet, unumgänglich. Regionen, die durch geographische Bedingungen bspw. von Wind und Sonne profitieren, sollten über leistungsstarke Netze die Energie in andere Regionen transferieren können. So kann ein freier Energiemarkt entstehen, der den Verbrauchern von Nutzen ist.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

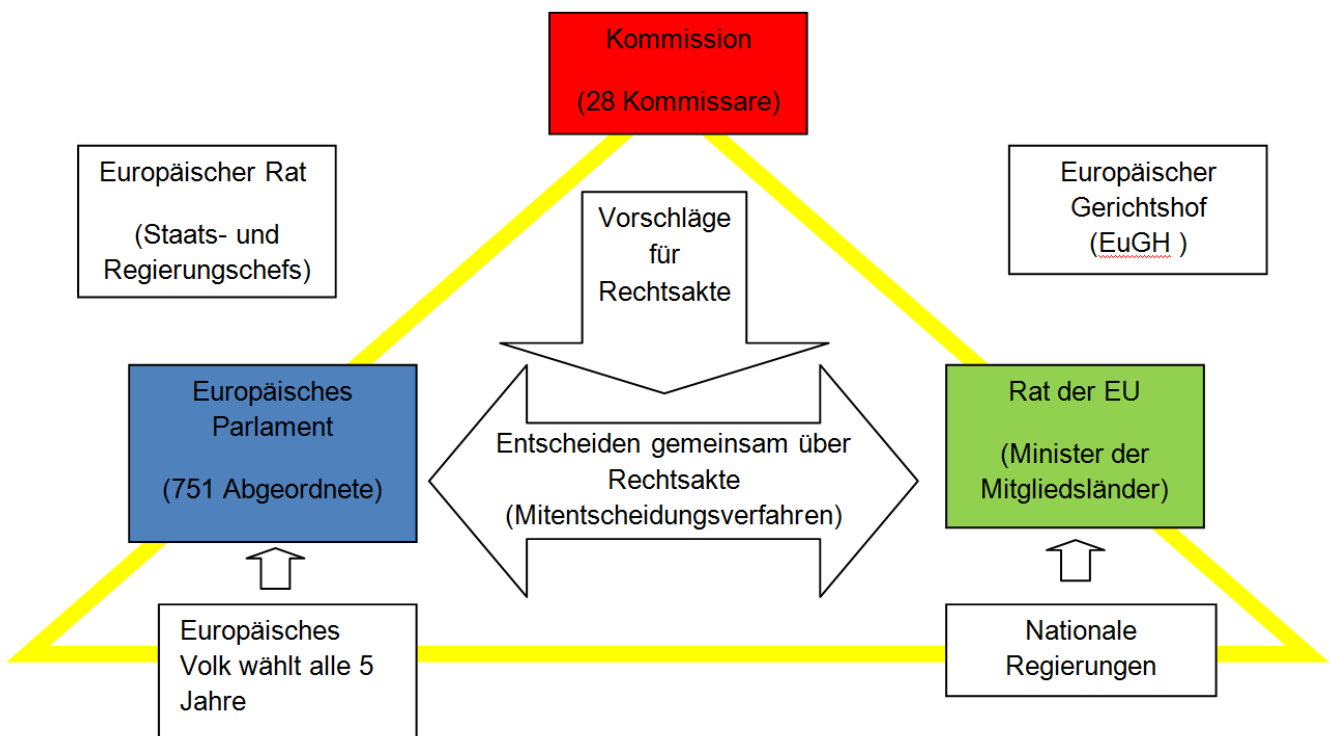
Derzeit deckt die EU ihren Energiebedarf zu 50% durch Energieeinfuhren. Diese Abhängigkeit sollte trotz der Abschaltung der Atomkraftwerke nicht erhöht werden. Nur durch einen gleichzeitigen Fortschritt von weiterer Energiegewinnung und durch den Ausbau des europäischen Energienetzes kann die externe Energieversorgung unter 50% gehalten werden.

Arbeitsauftrag:

Lesen Sie den Kommissionsvorschlag und tauschen Sie sich mit Ihrem Arbeitspartner darüber aus, welche Position die unterschiedlichen Staaten der EU dazu haben könnten. In Ihre Überlegungen sollten Sie Ihr bisheriges Wissen über die Energiepolitik der Länder (z.B. über die Anzahl der Atomkraftwerke in den jeweiligen Staaten) mit einbeziehen. Anschließend können Sie Ihre Ergebnisse im Plenum diskutieren.

2.3 Material 3: Das politische System der EU

Sie werden den Rat der Europäischen Union simulieren. Der Rat erlässt meistens zusammen mit dem Europäischen Parlament im sogenannten Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren bzw. Mitentscheidungsverfahren Rechtsakte. Die Vorschläge für solche Rechtsakte kommen von der Kommission. Der Rat der EU, das Europäische Parlament und die Kommission bilden das institutionelle Dreieck, sie sind die wichtigsten Entscheidungsträger der EU:



Arbeitsauftrag:

Teilen Sie sich in fünf Gruppen am besten mit jeweils fünf Personen auf. Jede Gruppe informiert sich nun über eine der hier abgebildeten Institutionen: Kommission, Europäischer Rat, Europäisches Parlament, Rat der EU und Europäischer Gerichtshof. Danach machen Sie ein Experten-Puzzle. So sind Sie bestens informiert über das politische System der EU!

2.4 Material 4: Der Rat der EU

Der Rat der EU setzt sich aus den jeweiligen Fachministern der nationalen Regierungen zusammen und tagt in zehn verschiedenen Zusammensetzungen:

- Allgemeine Angelegenheiten;
- Auswärtige Angelegenheiten;
- Wirtschaft und Finanzen;
- Justiz und Inneres;
- Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz;
- Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt);
- Verkehr, Telekommunikation und Energie;
- Landwirtschaft und Fischerei;
- Umwelt;
- Bildung, Jugend, Kultur und Sport.

Außer im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, wo einstimmig entschieden wird, fasst der Rat Beschlüsse mit der doppelten Mehrheit. Das heißt, 55% der Mitglieder müssen zustimmen, wobei jedes Land eine Stimme hat. Bei derzeit 28 Mitgliedsländern sind dies mindestens 15. Zudem müssen diese 65% der Bevölkerung repräsentieren.

Arbeitsauftrag:

Überlegen Sie in Partnerarbeit: Welche Länder haben durch ihre Bevölkerungsgröße mehr Chancen neben der Mehrheit von 55% der Staaten auch 65% der Bevölkerung zu repräsentieren? Welche Staaten könnten sich zusammenschließen, um schnell eine solche Mehrheit zu bekommen? Um zu testen, welche Koalitionen Sie bilden können, um eine Mehrheit auch von 65% der Bevölkerung zu erreichen, gibt es auf der Plattform EU-Info einen Abstimmungsrechner: <http://www.eu-info.de/static/ratsentscheidungen/>. Bei Eurostat können Sie die aktuellen Bevölkerungszahlen der Mitgliedsländer nachschauen. Anschließend können Sie Ihre Überlegungen und Ergebnisse im Plenum austauschen.

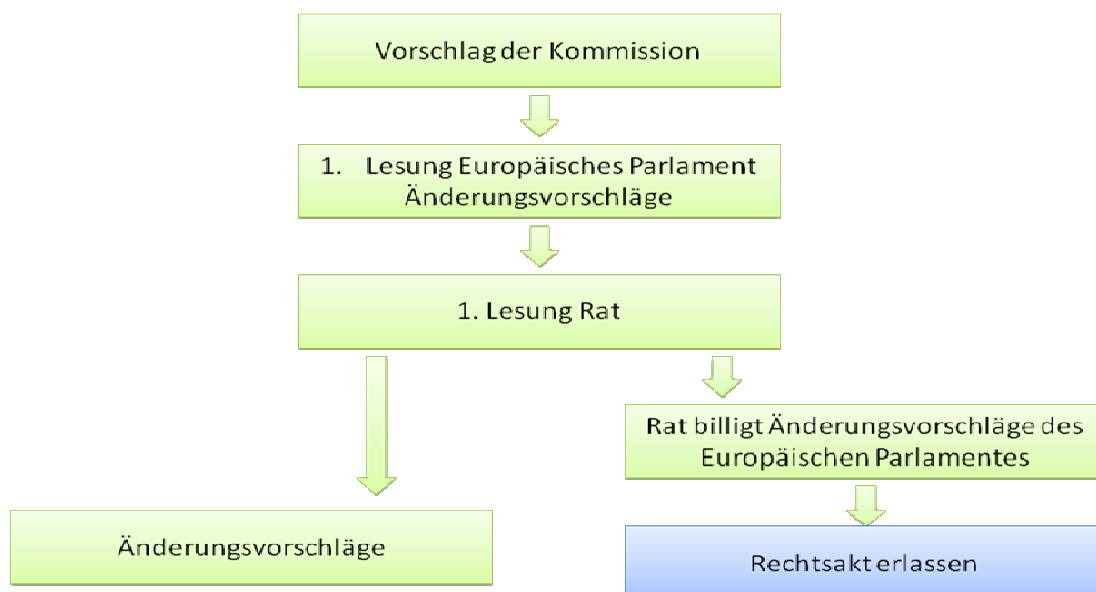
2.5 Material 5: Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens bzw. der Simulation

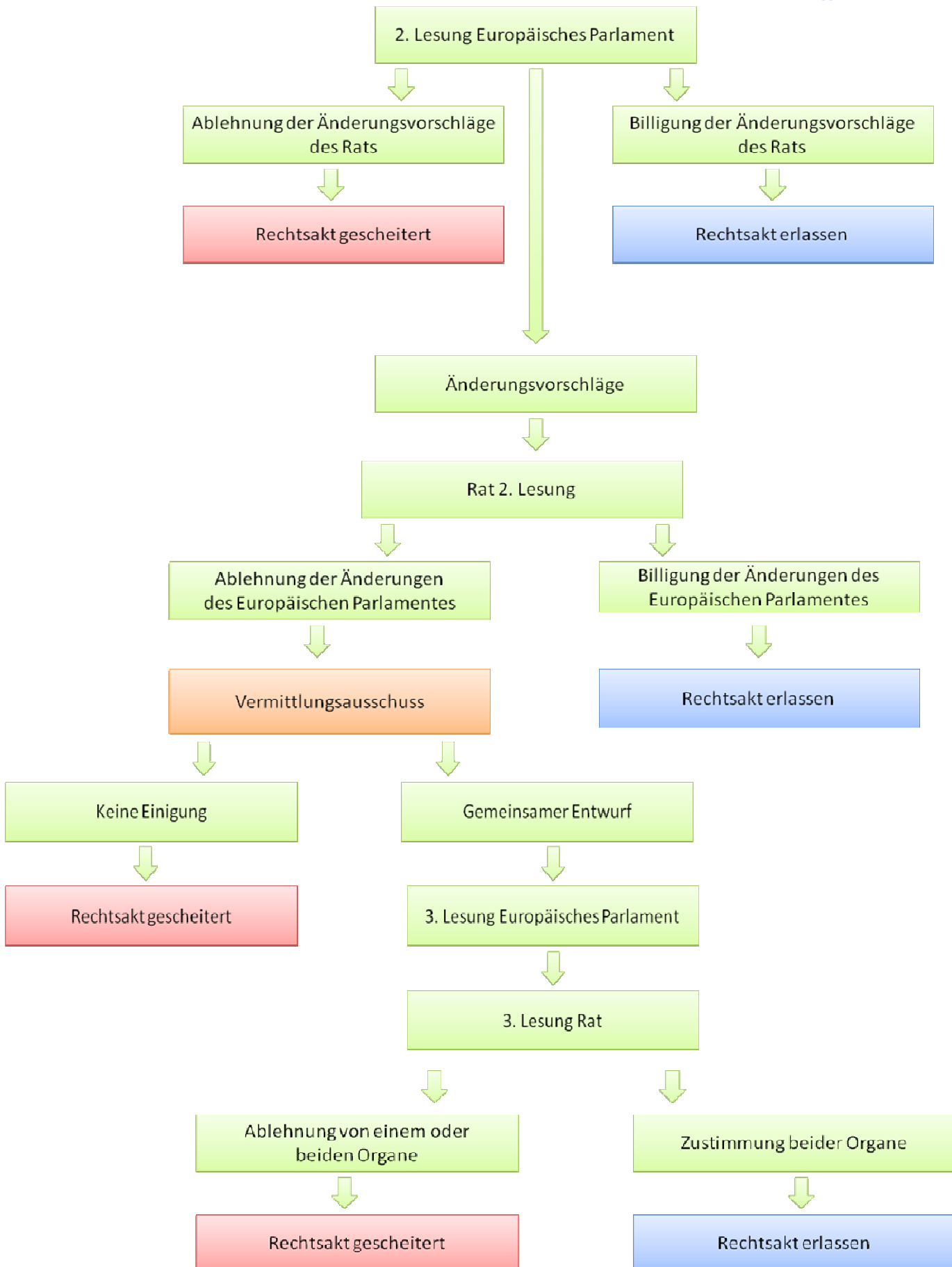
In diesem Planspiel sind Sie Fachminister eines Mitgliedsstaates in der Ratsformation „Verkehr, Telekommunikation und Energie“. Auf der Tagesordnung steht die Zukunft der Energiepolitik nach dem Unfall im Atomkraftwerk von Fukushima. Sie befinden sich im Ordentlichen Gesetzgebungsprozess, auch Mitentscheidungsverfahren genannt. Gegenstand der Verhandlung ist eine Richtlinie.

Im Vergleich zu nationalen Gesetzen kennt die EU unterschiedliche Arten von Rechtsakten:

- Eine *Verordnung* hat sofortige, allgemeine und unmittelbare Geltung in allen Mitgliedsländern.
- Eine *Richtlinie* gibt das zu erreichende Ziel und einen Zeitplan für alle Mitgliedsstaaten vor, die nähere Ausgestaltung und der Weg dahin bleibt den Staaten überlassen.
- Ein *Beschluss* betrifft nur einzelne Mitgliedsstaaten, Unternehmen oder Bürger, ist für diese aber unmittelbar verbindlich.
- *Empfehlungen* und *Stellungnahmen* sind rechtlich nicht verbindlich

In Ihrem Planspiel hat die Kommission nun einen Vorschlag für eine Richtlinie (siehe 1.2.) gemacht, dem das Parlament und der Rat zustimmen müssen. Beide Institutionen können aber auch Änderungsvorschläge machen. Dies passiert in maximal drei Lesungen, die Sie auch im Planspiel durchlaufen. In der Simulation werden die Rollen der Kommission und des Parlaments von der Spielleitung übernommen. Hier ein Überblick über das Verfahren:





Arbeitsaufträge:

1. Paar-Check: Erklären Sie sich gegenseitig in Partnerarbeit zunächst das Gesetzgebungsverfahren der EU und anschließend die verschiedenen Rechtsakte.
2. Nun können Sie zur Überprüfung Eures Wissens ein Tabu-Spiel mit den wichtigsten Begriffen, die Sie bisher über die EU gelernt haben, selber anfertigen und anschließend spielen. Begriffe könnten z.B. Rat der EU; Richtlinie; Ordentliches Gesetzgebungsverfahren oder 1. Lesung sein.

3 Verhaltensregeln & Ablauf

3.1 Verhaltensregeln

Denken Sie daran, dass Sie eine Rolle spielen und nicht Ihre eigene Meinung vertreten! Also werden Sie nicht persönlich, beleidigen Sie niemand und bleiben Sie möglichst in Ihrer Rolle. Der Dresscode sowie Ihr neuer Name helfen Ihnen dabei. Nehmen Sie aber auch anderen Teilnehmern nichts persönlich, auch sie spielen nur eine Rolle!

Der Dresscode ist für Herren: Anzug, Hemd, Krawatte, Anzugsschuhe. Für Damen Hosenanzug oder Kostüm, Rock nicht zu kurz (knielang), Ausschnitt nicht zu tief.

Sie dürfen in formellen Verhandlungen nur reden, wenn Sie auf der Rednerliste sind und von der Sitzungsleitung aufgerufen werden. Um auf die Rednerliste zu kommen bzw. um von der Sitzungsleitung zum Sprechen aufgerufen zu werden, heben Sie Ihr Namensschild. Die Sitzungsleitung führt eine Rednerliste und notiert sich Ihren Namen. Die Teilnehmer werden dann in der Reihenfolge der Meldungen aufgerufen. Zwischenrufe sind ebenso wenig wie Klatschen oder Lachen erlaubt, die Sitzungsleitung muss hier für Ruhe sorgen und kann auch Sanktionen sowie Raumverbote aussprechen. Wenn Sie reden, sollten Sie immer aufstehen. Sprechen Sie nie von „Ich“ oder „meiner Meinung nach“, denn Sie vertreten ein Land bzw. Ihre Wählerschaft und Partei. Versuchen Sie möglichst formell zu sprechen, Anreden wie „Sehr verehrte Damen und Herren“ helfen Ihnen dabei.

Bei Abstimmungen müssen alle anwesend sein, keiner verlässt den Raum. Abstimmungen können entweder durch das gleichzeitige Heben der Namensschilder oder durch das alphabetische Aufrufen der jeweiligen Teilnehmer durchgeführt werden.

3.2 Sitzungsablauf

Zu Beginn jeder Sitzung wird die Anwesenheit der Teilnehmer durch den Sitzungsvorsitz erfasst (wichtig für Mehrheiten bei Abstimmungen). Pausen sowie die Beendigung der Sitzung werden von der Sitzungsleitung bestimmt. Während der Verhandlungen und in den Pausen kann es Pressekonferenzen und Lobbyaktionen geben.

Das Planspiel beginnt mit der ersten Lesung im Rat. Zur Übersicht ist es hilfreich, zunächst von allen Teilnehmern ein kurzes Statement zum Kommissionsvorschlag einzuholen. Dadurch wissen die Teilnehmer, wer eine ähnlich Position wie selbst einnimmt und mit wem dann Koalitionen gebildet werden können.

In Sitzungen können verschiedene Arten der Verhandlung stattfinden: Formelle Verhandlungen mit Eröffnungsstatements und Reden und informelle Verhandlungen, in denen Sie von Ihrem Platz aufstehen (aber immer im Raum bleiben) und sich Mitstreiter für Ihre Position suchen und Änderungsanträge formulieren.

Änderungsanträge können nicht für den gesamten Gesetzesvorschlag, sondern nur für einzelne Themen oder Paragraphen gestellt werden. Eine Gruppe von Teilnehmern kann Änderungsanträge stellen. Diese müssen schriftlich an die Sitzungsleitung weitergegeben werden, damit diese sie für alle deutlich aufschreiben kann. Über jeden Änderungsantrag muss abgestimmt werden. Gibt es mehr als einen Änderungsantrag zu einem Thema, wird zuerst über den mit den weitreichendsten Änderungen abgestimmt. Änderungsanträge werden vor der Abstimmung von einem Teilnehmer erläutert und vorgelesen, danach können Fragen von anderen Teilnehmern beantwortet werden oder eine Debatte darüber stattfinden. Der Änderungsantrag, der eine Mehrheit gefunden hat, wird dann an das Parlament übermittelt, das wiederum darauf eingeht. Dieses kann sie annehmen, ablehnen oder Änderungen vornehmen. Sollte auch in der zweiten Lesung keine Einigung zwischen Rat und Parlament zustande kommen, wird der Vermittlungsausschuss unter dem Vorsitz der Kommission einberufen (Siehe auf Material 2.5). In diesen werden jeweils 3 Vertreter der Institutionen entsandt. Der Vermittlungsausschuss kann auch öffentlich tagen.

4 Rollenprofile

Jeder Teilnehmer erhält das Rollenprofil für das Land, das er vertreten wird. Die Rollenprofile sollten nicht allen zugänglich gemacht, sondern nur den entsprechenden Teilnehmern ausgehändigt werden, da die Positionen wichtig für die Verhandlungsführung und Taktik sind. Um einen Einblick in die Materialien zu bekommen, finden Sie als Beispiel das fiktive Rollenprofil von Urbanien.

Die Rollenprofile sind an die aktuelle Situation der Länder angelehnt. Die Teilnehmer erhalten daher die Namen der momentan amtierenden Minister. Jedes Rollenprofil beginnt mit einer kurzen Skizze des Politikers, wobei diese geschlechtsneutral zu begreifen sind. Des Weiteren finden sich Informationen und Stellungnahmen zu den vier Punkten des Kommissionsvorschlags sowie eine Zusammenfassung über die Ziele für die Verhandlung. Die Teilnehmer können natürlich jederzeit weitere Informationen recherchieren, das Rollenprofil dient als Basis. Mit den hier angegebenen Fakten haben die Teilnehmer Argumente für ihre nationale Position in der Hand.

Beispiel: Rollenprofil Urbanien

Name: Rene Sarront
Partei: Parti socialiste (mitte-links)
Amt: Energieminister/in

Persönlichkeit:

Seit 2014 ist die ausgebildete Juristin Sarront Energieministerin, seit 1998 hat sie einen Sitz im Parlament. Von 2000 bis 2008 war sie bereits Sprecherin des Umweltausschusses.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Urbanien hat mit 70 die größte Anzahl an Atomkraftwerken in der EU, ein weiteres befindet sich im Bau. Diese decken 75% des nationalen Energiebedarfs. Keines von ihnen hat die Stresstests bestanden, alle müssen nachgerüstet werden. Die neue Regierung will die Anzahl der Atomkraftwerke reduzieren, hält aber das Diktat der Kommission für zu rigide. Urbanien will die Anzahl der Abschaltungen und den Zeitpunkt selbst bestimmen. Urbanien könnte aber mit einer Abschaltung von 20% der Kraftwerke leben, da dies ohnehin auf der politischen Agenda steht. In diesem Punkt stimmen Sie dem Vorschlag nicht zu, sind aber zu Kompromissen bereit.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Die urbanische Bevölkerung steht dem Ausbau erneuerbarer Energien laut letzten Umfragen positiv gegenüber und die neu gewählte Regierung will diesem Trend folgen. Derzeit kann Urbanien aber nur 15% des Energiebedarfs über erneuerbare Energien decken und investiert daher in den Ausbau dieser. Die Vorgabe, bis 2050 mindestens 50% des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken, ist für das Land zu hoch gesteckt. Sie befürworten daher 30% bis 2050, sind aber auch zu Kompromissen bereit.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Ein Ausbau des europäischen Energiemarktes bedeutet auch eine bessere Anbindung des urbanischen Atomstroms an seine Nachbarn. Das Land könnte damit seinen Export ausbauen. Gleichzeitig könnte das benötigte Gas und Öl, welches derzeit aus dem EU-Ausland stammt, von Nachbarländern geliefert werden. Urbanien stimmt einem Ausbau des Energiemarktes und der Netze daher zu.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Urbanien hat mit dem Bau seiner vielen Atomkraftwerke immer schon das Ziel verfolgt, so wenig wie möglich von externer Energieversorgung abhängig zu sein und will diese Linie auch in Zukunft fortsetzen. Derzeit werden nur ca. 30% des Gesamtenergieverbrauchs eingeführt, hauptsächlich Öl und Gas, da das Land nicht selbst über diese Ressourcen verfügt. In diesem Punkt stimmen Sie völlig mit dem Kommissionsvorschlag überein.

Ziele:

Eine Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050 möchten Sie sich nicht von der EU diktieren lassen. Darüber möchten Sie ebenso wie über den Anteil der erneuerbaren Energien selbst bestimmen und dies in Ihrem eigenen nationalen Tempo voranbringen. In diesen Punkten möchten Sie also Lockerungen in dem Richtlinienvorschlag erreichen. In den Punkten drei und vier stimmen Sie völlig mit der Kommission überein.

Rollenprofil Belgien

Name: Melchior Wathelet
Partei: Centre Démocrate Humaniste (cdH)
Amt: Minister für Umwelt, Energie und Mobilität

Persönlichkeit:

Der Jurist Melchior Wathelet wurde 1977 in Verviers geboren. Seit 2003 ist er in der föderalen Abgeordnetenversammlung tätig und seit 2004 bekleidet er zusätzlich das Amt des Fraktionsvorsitzenden der cdH (Christlich soziale Partei). Das Amt des Ministers für Umwelt, Energie und Mobilität hat er seit 2011 inne.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Belgien ist als geografisch und wirtschaftlich kleines Land stark von Energieimporten abhängig. Eine Schwierigkeit der belgischen Energiepolitik ist die Frage der Zuständigkeit. Durch das föderale System sind Energiefragen und -kompetenzen auf die Regionen Flandern, Wallonien und Brüssel-Hauptstadt verteilt. So existieren, inklusive der autonomen deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, fünf verschiedene Energieministerien, die eine einheitliche Entscheidungsfindung erschweren. Der belgische Zentralstaat legt jedoch den strategischen Rahmen für die Energieversorgung des Landes fest. Auch unterhält die Regierung wichtige Projekte in den Bereichen Atomkraft, Infrastruktur und Offshore.

In Belgien sind derzeit zwei Kernkraftwerke mit sieben Reaktorblöcken im Betrieb. Im Jahr 2003 beschloss die Regierung den Atomausstieg Belgiens im Zeitraum von 2015 bis 2025. Nach den Wahlen 2012 wurde der Atomausstieg weiter befürwortet. Allerdings wurden einige Atomkraftwerke in ihrer Laufzeit verlängert, um die Energieversorgung des Landes zu sichern und die Gefahr von Energieengpässen zu verhindern. Trotz des Beschlusses, die Atomkraftwerke bis 2025 stillzulegen, ist ein Atomausstieg Belgiens keinesfalls Konsens. Vorbehalte werden insbesondere im Hinblick auf die Energiesicherheit geäußert. Dennoch scheint es der Regierung sinnvoll, bis 2050 einen Spielraum für die Abschaltung zu haben und begrüßt den Vorschlag.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Der Atomstrom macht in Belgien ca. 54% der gesamten Stromerzeugung aus. 33% der Stromerzeugung werden durch fossile Brennstoffe gedeckt. Nur rund 9,3% der Stromerzeugung in Belgien wird über erneuerbare Energien bereitgestellt. Belgien liegt damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt (14,1%) und hat demnach einen erhöhten Bedarf, erneuerbare Energien in das eigene Energiesystem zu implementieren. Zurzeit wird ein Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von 13% bis 2020 angestrebt (der EU-Durchschnitt liegt hier bei 20%). Bis 2050 50% über erneuerbare Energien bereit zu stellen ist für Belgien daher ein zu ambitioniertes Unterfangen.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Belgien hat bis jetzt keine Maßnahmen unternommen, den Ausbau eines gesamteuropäischen Energienetzes zu unterstützen. Es erkennt dieses gleichwohl als geeignetes Mittel an, den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern und will in Zukunft an europäischen Energiekooperationen teilnehmen.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Belgien bezieht derzeit ca. 70% seines Energieverbrauchs aus Importen, hauptsächlich Öl und Gas. Um seine Abhängigkeit von externen Energiequellen zu verringern, unterstützt Belgien als kurzfristige Maßnahme die östlichen EU-Länder, unter der Führung Polens, bei der Gründung einer europäischen Einkaufsgemeinschaft für Erdgas. Durch die gebündelte Marktmacht erhoffen sie sich niedrigere Preise und eine bessere Verhandlungsposition. Langfristig setzt Belgien auf erneuerbare, lokale und dezentrale Energiequellen. Eine Verringerung der Importe auf 50% ist wünschenswert, das Land benötigt für die Umstellung aber ein Zeitfenster bis ca. 2030.

Ziele:

Belgien unterstützt grundsätzlich den Vorschlag der europäischen Kommission. Als kleines Land hat es jedoch Angst die ambitionierten Ziele in der vorgegebenen Zeit nicht erreichen und die damit verbundenen Kosten nicht tragen zu können. Belgien wünscht sich daher finanzielle Unterstützung der größeren Länder oder mehr Flexibilität bei den Zeiträumen zur Erfüllung der Ziele. Außerdem unterstützt Belgien die Gründung einer europäischen Einkaufsgemeinschaft für Erdgas. Ferner möchte es den Verbrauch fossiler Energien, die

Treibhausgasemissionen und die Energieimportabhängigkeit reduzieren und den Ausbau erneuerbarer Energien fördern.

Rollenprofil Bulgarien

Name: Dragomir Stoynev
Partei: Bulgarische Sozialistische Partei (BSB)
Amt: Minister für Wirtschaft, Energie und Tourismus

Persönlichkeit:

Dragomir Stoynev, geboren 1976, studierte Wirtschaftswissenschaften in Frankreich und Verwaltungswissenschaften in Deutschland. Von 2007 bis 2009 war er wirtschaftspolitischer Berater des Ministerpräsidenten, seit 2009 ist er Abgeordneter im Parlament. Als Experte in moderner Verwaltungsführung übernahm er 2013 das Ministerium.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Bulgarien besitzt ein Kernkraftwerk mit sechs Reaktorblöcken, wovon schon vier Blöcke als Zutrittsbedingung zur EU abgeschaltet werden mussten, da sie als besonders risikoreich galten. Daraufhin begannen die Planung und der Bau eines zweiten Atomkraftwerkes (Belene) mit einem höheren Sicherheitsstandard, welches die Abschaltung der vier Blöcke kompensieren und einer möglichen Energieversorgungslücke vorbeugen sollte. Nach dem Regierungswechsel machte der damalige Ministerpräsident die Vollendung des Projektes Belene von Investoren abhängig. Die Weiterführung des Projektes war somit lange Zeit ungeklärt. Allerdings wurden auch Verhandlungen mit Russland geführt. 2012 teilte der bulgarische Vize-Finanzminister schließlich mit, dass das Land aus den Bauverträgen mit Russland aussteigen und stattdessen am gleichen Standort ein Gaskraftwerk errichten wird. Jedoch musste die bulgarische Regierung ihren Beschluss, das neue Atomkraftwerk nicht zu bauen, durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen. Diese verfehlte das erforderliche Quorum, inzwischen hat ein ablehnender Parlamentsbeschluss die Realisierung aber fast unmöglich gemacht. Da sich die Projekte für ein neues Kraftwerk zerschlagen haben und das alte technisch nicht mehr auf dem neuesten Stand ist, ist momentan eine Abschaltung bis 2050 möglich. Das Land möchte sich aber die Möglichkeit offenhalten, in den nächsten Jahren vielleicht doch in ein neues Kraftwerk zu investieren.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Derzeit werden 16% des Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt. Die Stromversorgung Bulgariens beruht aber immer noch weitgehend auf Braunkohlekraftwerken und auf dem Kernkraftwerk Kozloduy. Jedoch ist Bulgarien sehr an einer Innovation interessiert, damit die bulgarische Wirtschaft wachsen kann. Auch wenn erste Schritte für den Ausbau der Wasserkraft, Wind- und Solarenergie getan wurden, steht das Land noch am Anfang. Bis 2050 einen Anteil von 50% zu erreichen, ist für Bulgarien sehr ambitioniert.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Aufgrund seiner Lage sowie des einheimischen Bedarfs ist Bulgarien sehr am Ausbau des Energienetzes interessiert und hat bereits in den letzten Jahren zahlreiche Strategiejekte auf den Weg gebracht, die für die nationale, regionale und europäische Versorgungssicherheit von Bedeutung sind. Die Projekte umfassen hauptsächlich Erdgasleitungen (Nabucco und South Stream) und die Burgas-Alexandroupolis-Ölpipeline. Außerdem baut Bulgarien nach den letzten Gaskrisen zusätzlich die Verbindungen mit Nachbarländern aus. So sollen die Erdgassysteme der südosteuropäischen Länder zu einem Gasverbundsystem verbunden und in der Zukunft als alternative Versorgungsrouten genutzt werden. Da Bulgarien jedoch auch einen nicht unerheblichen Anteil seines Energiebedarfs durch Lieferungen aus Russland deckt, würde sich der Ausbau nicht nur auf den europäischen Energiemarkt beschränken, sondern dabei auch die Koordination der Beziehungen der EU zu Drittländern stärken. Bulgarien ist in Folge dessen am Ausbau des Netzes interessiert, um weniger abhängig von Russland zu sein.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Der größte Anteil der Energieträger wird von Bulgarien importiert, hauptsächlich aus Russland. Das Land konnte diese Abhängigkeit in den letzten Jahren aber maßgeblich reduzieren und führt derzeit nur noch ca. 35% ein. Dadurch kann es dem Vorschlag in diesem Punkt zustimmen.

Ziele:

Der Anti-Atomkraft-Vorstoß der Kommission stößt in Bulgarien nur auf bedingtes Verständnis. Die Auffassung in der Bevölkerung ist gespalten und nach dem gescheiterten Neubau von Belene ist das Land auf die bestehenden Kraftwerke angewiesen. Obwohl dieses auf Grund seines Alters bis 2050 abgeschaltet werden könnte, möchte man die Möglichkeit

nicht aufgeben, in der Zukunft doch einen neuen Reaktor zu bauen. Man strebt daher nach möglichst unverbindlichen und allgemeinen Absichtserklärungen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist in Bulgarien zwar gut vorangeschritten, benötigt aber noch Zeit. Bis 2050 50% des Energieverbrauchs über erneuerbare Energien zu decken, ist zwar ambitioniert aber möglich. Hauptanliegen ist hingegen der Ausbau eines gesamteuropäischen Energienetzes. Da Bulgarien seine Importquote bereits unter die Marke von 50% senken konnte, begrüßt Bulgarien Punkt 4 und ermuntert andere Staaten, sich ebenfalls möglichst unabhängig vor allem von russischen Importen zu machen.

Rollenprofil Dänemark

Name: Rasmus Helveg Petersen
Partei: Radikale Venstre (RV)
Amt: Minister für Klima, Energie und Bau

Persönlichkeit:

Der gelernte Journalist Rasmus Helveg Petersen wurde 1968 in Kopenhagen geboren. Er stammt aus einer politisch engagierten Familie (u.a. war sein Vater dänischer Außenminister, sein Großvater dänischer Kultusminister), und ist demnach mit politischen Geschäften und Verhaltensweisen vertraut. Bereits seit 2011 ist er Abgeordneter für die Partei Radikale Venstre, die als sozialliberale und demokratische Partei mit einem zusätzlichen Schwerpunkt auf Umwelt- und Energiepolitik Werbung macht. Von 2013 bis 2014 war er bereits Minister für Entwicklungspolitik, bevor er 2014 das Ministerium für Klima, Energie und Bau übernahm.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Dänemark gilt als einer der Vorreiter der Energiewende in Europa. In den 1980er Jahren hat sich das dänische Parlament gegen den Bau von Atomkraftwerken ausgesprochen, sodass Dänemark heute frei von Kernkraft ist. Dennoch fließt Atomstrom auch durch Dänemarks Leitungen, die Importe aus dem Ausland enthalten im Energiemix einen Anteil Atomstrom. Dänemark fördert Atomstrom jedoch nicht und legt besonderen Wert auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Zum Ziel, alle Atomkraftwerke bis 2050 abzuschalten, positioniert sich Dänemark daher positiv.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Der Ausbau erneuerbarer Energien wie Windenergie, Sonnenenergie und Biothermie hat in Dänemark einen besonderen Stellenwert. Dänemarks Ziel ist es, bis 2050 komplett unabhängig von Öl und Gas zu sein und die gesamte Energieversorgung und Produktion über erneuerbare Energien zu ermöglichen. Dänemark gilt dabei als Pionier vor allem in der

Windenergie: mehrere Offshore-, aber auch Onshore-Projekte ermöglichen bereits heute einen Anteil von 30% Windenergie an der Stromproduktion. Bis 2020 sieht die Energiestrategie Dänemarks vor, 50% des elektrischen Verbrauchs über Windenergie bereitzustellen und mindestens 35% des gesamten Energieverbrauchs auf diese Weise zu erzeugen.

Auch bei der Reduzierung der Treibhausgase ist Dänemark sehr engagiert. Die europäische Energiestrategie sieht eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 20% bis 2020 vor. Dänemark hat sich zum Ziel gemacht, bis 2020 40% der Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Außerdem setzt sich Dänemark für eine Reduzierung des Gesamtenergieverbrauchs um 7,6% ein. Damit stimmt die Energiestrategie Dänemarks völlig mit dem Richtlinienvorschlag überein.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Dänemark sieht die langfristige Energiesicherheit neben Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energie, Energieeffizienz und geringerem Energieverbrauch, auch in einer engeren Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Zudem wird Dänemark immer mehr zum Exporteur von Strom aus erneuerbaren Energien. Es unterstützt daher den Ausbau eines europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Dänemark hat einen frühen Wechsel zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien geschafft. Innerhalb von etwa 30 Jahren hat sich das Land von einer kompletten Abhängigkeit von ausländischen Energiequellen (bis 1980 wurde Energie fast ca. 100% eingeführt) zum Energie-Exporteur verwandelt (ca. 15% Exporte). Maßnahmen für die Umsetzung der Ziele hat Dänemark sowohl in der Energiepolitik, bei Unternehmen, als auch im privaten Haushalt durchgeführt. Off- und Onshore Windpark-Projekte werden stetig ausgebaut und Biogas-Anlagen werden gefördert. Als erstes Land der EU hat Dänemark 1992 eine CO²-Steuer eingeführt. Auch die privaten Haushalte sind vom Energiewandel in Dänemark betroffen; seit 2013 gilt ein Verbot Öl- und Gasheizungen in Neubauten zu installieren. Ab 2016 gilt dieses Verbot auch für Altbauten. In der 3-Jährigen Übergangsphase werden Subventions-Anreize zur Umstellung alter Kessel auf erneuerbare Energien gestellt. Dänemark wird daher die europäische Position teilen und andere Staaten ermutigen, sich ebenfalls unabhängig von Importen zu machen.

Ziele:

Der aktuelle Vorschlag der Kommission ist im Sinne der dänischen Energiepolitik, wenn gleich die eigene nationale Energiepolitik strategisch viel weiter geht: mindestens 35% des gesamten Energieverbrauchs sollen bis 2020 über erneuerbare Energien zur Verfügung gestellt werden, bis 2050 soll Dänemark sogar völlig unabhängig von Öl und Gas sein und der gesamte Energieverbrauch durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Der Atomausstieg wurde längst vollzogen. Mit diesen ehrgeizigen Zielen setzt sich Dänemark deutlich von den EU-Zielen ab und fördert eine effektive und erneuerbare Energiepolitik. Ziel ist es deshalb, den Vorschlag in einer möglichst ambitionierteren, mindestens aber in der aktuell aufgestellten Fassung umzusetzen.

Rollenprofil Deutschland

Name: Sigmar Gabriel
Partei: Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)
Amt: Minister für Wirtschaft und Energie

Persönlichkeit:

Sigmar Gabriel ist seit dem 17. Dezember 2013 Bundeswirtschaftsminister der Großen Koalition, in der ersten Großen Koalition von 2005 bis 2009 war er bereits Bundesumweltminister. Seine Karriere ging steil nach oben seit er 1997 stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im niedersächsischen Landtag wurde. Die Energiewende in Deutschland ist mit Abstand sein wichtigstes Projekt, ein ähnliches Projekt auf europäischer Ebene würde die Umsetzung in Deutschland beschleunigen und vergünstigen.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Bis 2022 sollen alle deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Diese Frist ermöglicht eine Vorbereitung auf den Ausstieg mit der Förderung alternativer Technologien, vor allem regenerativer Energien. Aktuell sind noch 9 Atomreaktoren in Deutschland im Betrieb, 2011 wurden bereits 8 abgeschaltet. Deutschland unterstützt die Forderung, alle Atomreaktoren abzuschalten, der hier vorgeschlagene Zeitplan könnte aber ambitionierter sein.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien will Deutschland international eine Führungsposition einnehmen. Derzeit gibt es bereits ambitionierte Projekte im Solar- und Windkraftbereich, bis 2050 soll 80% der primären Stromproduktion durch erneuerbare Energien abgedeckt werden. Die Projekte verzögern sich aber derzeit auf Grund von Problemen bei der Finanzierung von Netzausbauten und durch den Widerstand gegen Überlandtrassen in der Bevölkerung. Die deutsche Industrie ist vor allem im Bereich der Windkraft stark vertreten, in der Solarkraft verliert der Standort Deutschland aktuell an Bedeutung. Es ist ein Anliegen der Regierung, Deutschland zu einem zentralen Markt und Knowhow-Center für erneuerbare Energien zu formen. Eine Stärkung des europäischen Marktes für erneuerbare Energien

mit ambitionierten Zielen ist deshalb wünschenswert. Deutschland selbst hat sich vorgenommen, bis 2050 mehr als 50% des Energieverbrauchs durch erneuerbaren Energien zu ersetzen. Daher wird es diesen Punkt auf europäischer Ebene auch vehement vertreten.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Eine Integration des europäischen Netzes ermöglicht einen einfacheren Ausgleich von Spannungsschwankungen, die von erneuerbaren Energien verursacht werden. Auch die unterschiedlichen Produktionsbedingungen (Solarkraft in Südeuropa und Nordafrika, Windanlagen an den Küsten, Biomasse im Osten) können durch ein europaweit ausgebautes Netz abgefangen werden. Die Versorgung stromintensiver Industrieregionen kann so sichergestellt werden. Auch Wettbewerbsnachteile durch Unterschiede in nationalen Strompreisen, können so abgemildert werden. Die Regierung unterstützt diesen Punkt vollständig.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Deutschland ist ein Land, das auf Importe angewiesen ist, da es nicht über bedeutende eigene natürliche Ressourcen zur Energiegewinnung verfügt, beziehungsweise die Förderung in Deutschland nicht mehr wirtschaftlich ist (Kohle). Der aktuelle Energiemix weist Öl (34%), Gas (20%) und Steinkohle (13%) als wichtigste Energielieferanten aus. Insgesamt bezieht Deutschland daher 60% des Verbrauchs aus Importen. Deutschland ist aber bestrebt, diesen Wert zu senken. Erneuerbare Energien bieten nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa die Chance in der Energieversorgung selbständiger zu werden. Dies bietet außenpolitisch größeren Spielraum für die Nation.

Ziele:

Der aktuelle Vorschlag ist im Sinne der Bundesregierung. Der Atomausstieg, sowie die Förderung erneuerbarer Energien, und ein europäisches Stromnetz kommen den Bedürfnissen der Bundesrepublik entgegen und können die Umsetzung der deutschen Energiewende beflügeln, sowie den Rückhalt in der Bevölkerung für das Projekt vergrößern. Außenpolitisch wäre es ein wichtiger Schritt für die Bundesregierung weniger abhängig von Energieexporten außerhalb der Europäischen Union zu sein. Ziel ist es deshalb, den Vorschlag möglichst in dieser Ausführung, oder noch ambitionierter, umzusetzen. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist auch im Sinne der Sicherheit der Bevölkerung und sollte deshalb

unbedingt Teil des Vorschlags bleiben. Kompromisse können unter Umständen bei der externen Energieversorgung gemacht werden, da Deutschland hier selbst noch einige Anstrengungen unternehmen muss, um das Ziel von 50% zu erreichen.

Rollenprofil Estland

Name: Urve Palo
Partei: Sozialdemokratische Partei (SDP)
Amt: Ministerin für wirtschaftliche Angelegenheiten und Kommunikation

Persönlichkeit:

Frau Urve Palo wurde 1972 in Estland geboren und ist seit 2014 Ministerin für Wirtschaft und Infrastruktur in einer sozialliberalen Koalitionsregierung. Aufgrund ihres wirtschaftswissenschaftlichen Abschlusses und früheren Leitungsfunktionen bei einer estnischen Baufirma hat sie eine besondere Affinität zu Energie- und Effizienzfragen.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Zur Frage der Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050 stellt sich Estlands Regierung inkonsistent auf. Zum jetzigen Zeitpunkt wird in Estland keine Kernenergie für die Stromerzeugung genutzt, das Land bezieht ca. 90% seiner Energie aus heimischen fossilen Brennstoffen, vor allem aus der Verbrennung von Ölschiefer. Bis 2020 ist jedoch der Bau eines Kernkraftwerks vorgesehen ist. Gemeinsam mit Lettland und Litauen hatte Estland ferner die Absicht, sich an einem geplanten Kernkraftwerks-Neubau der baltischen Staaten (Kernkraftwerk Visaginas) zu beteiligen, um sich von russischen Energie-Lieferungen unabhängig zu machen. Diese Planungen stehen nach einem Referendum, bei dem sich 2/3 der litauischen Bevölkerung gegen das Projekt entschieden, vor dem Aus.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Die Primärenergie-Versorgung setzt sich in Estland aktuell aus Öl (10,5%), Gas (11,1%), Kohle (63,2%) und Biomasse (14,7%) zusammen. Erneuerbare Energien spielen bei der Primärenergie-Versorgung mit ca. 0,4% kaum eine Rolle. Um die Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern, sind verschiedene Maßnahmen getroffen worden. Die staatlichen Aktions- und Entwicklungspläne der Energiewirtschaft sehen die Reduzierung der Energie-

produktion aus Ölschiefer und die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien an dem Energieverbrauch vor. Laut staatlichem Aktionsplan soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch auf 25% bis zum Jahr 2020 steigen. In den letzten Jahren ist die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen wie Wind, Wasser, Biomasse und Torf ständig gewachsen. Großes Potenzial sieht man in erster Linie in der Windenergie, insbesondere in Off-Shore-Windparks. Der Ausbau der Windenergiegewinnung wird einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des von der EU für Estland festgelegten Gesamtziels sein. Der Ausbau der erneuerbaren Energien auf 50% bis zum Jahr 2050 hält das Land daher für durchaus realistisch.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Die Energieproduktion in Estland basiert in großem Umfang auf lokalen Energiequellen. Der Anteil der lokalen Energieträger an den Primärenergieressourcen beträgt ca. 70%. Diese Tatsache gewährt Estland eine gewisse Versorgungssicherheit. Trotzdem versucht die estnische Energiepolitik die Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen u.a. durch die Inanspruchnahme verschiedener Energiequellen und den Ausbau neuer Verbindungen an das europäische Gas- und Stromnetz voranzutreiben. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat das politische und wirtschaftliche Ansehen Estlands vergrößert. Daher liegt eine starke und funktionierende Europäische Union im Interesse Estlands. Der Entwicklungsplan der Elektrizitätswirtschaft sieht die Verbindung Estlands an das europäische Strom- und Gasnetz vor, geschaffen durch eine Unterwasserkabelverbindung (Estlink) zwischen Estland und Finnland. Estland ist Teil des Verbundplans für den baltischen Energiemarkt (BEMIP). Zur Integration der baltischen Staaten in den europäischen Markt soll es eine Stärkung der Verbindungen mit Finnland, Schweden und Polen sowie die Verstärkung des polnischen Netzes und der Verbindungen nach Osten und Westen geben.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Der Anteil der einheimischen Brennstoffe an den Primärenergieressourcen beträgt circa 70% und der Anteil der importierten Brennstoffe beläuft sich auf ca. 30%. Hauptsächlich handelt es sich hier um aus Russland importiertes Erdgas sowie aus Russland und Litauen eingeführte Erdölbrennstoffe. Estland muss darauf achten, auch bei steigendem Energieverbrauch und beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine Unabhängigkeit von externer Energieversorgung zu gewährleisten.

Ziele:

Im Vergleich zu den skandinavischen Ländern und den baltischen Nachbarn befinden sich die Energiepreise in Estland auf einem relativ niedrigen Niveau. In Zukunft ist mit einem Anstieg der Energiepreise zu rechnen, was auf mehrere Faktoren zurückzuführen ist. Zum einen gelten zunehmend strengere Umweltauflagen, denen zufolge zwei Ölschieferkraftwerke bis 2016 geschlossen werden müssen. Dies wird gegebenenfalls den Bau neuer Kraftwerke zur Folge haben. Hinzu kommt eine steigende Energienachfrage in den drei baltischen Staaten, der eine abnehmende Produktionskapazität an Elektrizität gegenübersteht. Ebenso wird die Liberalisierung des estnischen Strommarktes einen Einfluss auf die Strompreise ausüben. Um den wachsenden Stromverbrauch des Landes zu decken, sieht die Energiepolitik eine stärkere Nutzung von erneuerbaren Energieträgern zur Stromerzeugung vor. Estland ist demzufolge bereit, der Position der Europäischen Energiepolitik zu folgen, möchte aber nicht völlig auf die Nutzung der Kernenergie verzichten. Das Land setzt sich daher für mehr Freiräume in Punkt 1 ein, stimmt den anderen Punkten aber kompromisslos zu.

Rollenprofil Finnland

Name: Herr Ville Niinistö
Partei: Grüne Liga
Amt: Minister für Umwelt

Persönlichkeit:

Ville Matti Niinistö gehört mit seinen 36 Jahren zu den jüngeren Politikern. Er ist Mitglied des Parlaments, Vorsitzender der Grünen Liga und amtierender Minister für die Umwelt und Mitglied des Stadtrates von Turku.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Finnland besitzt zwei Kernkraftwerke mit je zwei Reaktorblöcken. Seit März 2007 sind zwei weitere Kernkraftwerke in Planung, die von dem finnischen Parlament im Juli 2010 genehmigt wurden. Nach Verzögerungen wegen Qualitäts- und Sicherheitsproblemen steht dem Bau eines fünften Reaktors nichts mehr im Wege. Der größte Anteil der Stromerzeugung in Finnland wird mit 27,9% durch die Kernenergie gewährleistet. Des Weiteren hängt die finnische Energieversorgung stark von russischen Öl und Gas ab. Aus diesen Gründen bringt der Bau von neuen Atomkraftwerken viele Vorteile mit sich, wie zum Beispiel die Senkung der Stromkosten und die Abhängigkeit von Stromimporten würde ebenfalls reduziert werden. Mit dem Bau neuer Atomkraftwerke fördert Finnland die heimische Atomindustrie und steigert das Exportpotenzial. Die Kompetenz bei der Lagerung von Atommüll ist schon jetzt eine finnische Stärke, da schon Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle bestehen sowie Endlager für hochradioaktive Abfälle in Betrieb gehen und ebenfalls erweitert werden. In diesem Punkt stimmen Sie dem Vorschlag also nicht zu, wären jedoch bereit, Kompromisse im Hinblick auf den Abschaltungszeitraum einzugehen.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Die finnische Regierung plant eine Lücke der nationalen Energieversorgung zu schließen, indem sie zwei neue Atomkraftwerke baut und zugleich stärker in die Produktion erneuer-

baren Energien investiert. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket, das die erneuerbaren Energien fördert und Finnland hilft, die EU-Klimaziele zu erreichen, ist die Verwendung von Holzabfällen aus Finnlands Wäldern für Wärme und Strom. Zeitgleich wird der Bau hunderter neuer Windturbinen an den finnischen Küsten vorangetrieben. Bis 2020 will Finnland 38% seines Energieverbrauchs über erneuerbare Energien decken. Die finnische Regierung hält es daher für realistisch, dass das Land bis zum Jahr 2050 diese auf 50% erhöhen kann.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Da der finnische Energiemarkt seit längerem vollständig liberalisiert ist, setzt sich Finnland für den Ausbau des europäischen Energiemarktes ein und hofft auf einen wirtschaftlichen Vorteil. Durch den europäischen Energiemarkt werden Kosten gespart, da der Strom aus erneuerbaren Energien dort erzeugt wird, wo dies am kosteneffizientesten ist. Finnland könnte sich durch den Energiemarkt unabhängiger von den Energieimporten aus Russland machen und die allgemeinen Importkosten würden sich bei einem Ausbau verringern. Zudem steigert Finnland sein eigenes Exportpotenzial durch den Bau neuer Atomkraftwerke. Mit diesem Kommissionsvorschlag erklärt sich Finnland völlig einverstanden.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Finnland verfolgt mit dem Bau weiterer Atomkraftwerke das Ziel, den Staat unabhängig von externer Energieversorgung zu machen. Der Anteil der externen Energieversorgung liegt in Finnland bei 45% und soll in Zukunft weiterhin sinken. Diesen Punkt befürwortet das Land daher vehement, da sich die gesamte EU nicht von Importen erpressbar machen sollte.

Ziele:

Der Ausbau der Kernkraft soll Finnland helfen, die Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland zu verringern sowie den CO₂-Ausstoß zu mindern und so die Klimaziele zu erreichen. In Punkt 1 wünscht sich das Land daher längere Laufzeiten für Atomkraftwerke ist aber zu Kompromissen bereit. Die Punkte 2 bis 4 werden von Finnland kompromisslos unterstützt.

Rollenprofil Frankreich

Name: Ségolène Royal
Partei: Parti socialiste (PS)
Amt: Ministerium für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Energie

Persönlichkeit:

Die Juristin und Vollblutpolitikerin war in den 1980er Jahren Beraterin im Generalsekretariat des Präsidenten, danach mehrmals Abgeordnete der Nationalversammlung, beigeordnete Ministerin für das Ressort Umwelt (1992 - 1993), Schulwesen (1997 - 2000) sowie Familie, Kinder und Behindertenfragen (2000 - 2002). Im März 2004 ist sie zur Präsidentin der Region Poitou-Charentes gewählt worden. 2007 wurde Ségolène Royal Präsidentschaftskandidatin des Parti Socialiste, unterlag aber gegen Nicolas Sarkozy. Seit 2014 leitet sie ihr erstes eigenes Ministerium.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Mit seinen 58 Atomkraftwerken gewinnt das Land 75% seiner Elektrizität aus nuklearer Versorgung und ist der weltweit größte Stromexporteur. Frankreich ist dadurch auch in der Technologie dieser Branche führend. Derzeit wird ein neuer Reaktor gebaut. Obwohl das Land plant, seine Atomkraft bis 2025 auf 50% zu senken und 23 alte Reaktoren abzuschalten, ist die völlige Abkehr von Atomkraft bis 2050 kein Inhalt der französischen Doktrin.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Derzeit gewinnt das Land 17% der Elektrizität aus erneuerbaren Energien, vor allem aus Wasserkraft. Der Ausbau von Windkraft ist derzeit ein ambitioniertes Ziel des Ministeriums. Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien 23% betragen. Eine Steigerung auf 50% bis 2050 ist zwar ein hohes Ziel, wäre aber für Frankreich zu schaffen. Generell ist das Land aber gegen konkrete Zielvorgaben durch die EU und möchte die Energiepolitik auf nationaler Ebene selbstbestimmt und flexibel gestalten.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Frankreich als Stromexporteur setzt sich stark für ein gesamteuropäisches Energienetz ein. Hierbei soll es nicht nur um den Transport von Atomstrom gehen, sondern auch um die zukünftige Nutzung von erneuerbaren Energien. Um beispielsweise die Windkraft am Meer adäquat ausnützen zu können, ist es sinnvoll eine Netzinfrastruktur im Nordseeraum zu schaffen, an dem alle Nordseeanrainerstaaten beteiligt sind.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Da Frankreich seit Jahrzehnten auf Atomkraft setzt, um nicht von externer Energie abhängig zu sein, wird es diese Doktrin auch weiterhin verfolgen und begrüßt es, wenn sich die gesamte EU nicht durch Energie von Drittstaaten erpressbar macht.

Ziele:

Frankreich bemüht sich, von der Atomkraft loszukommen, will diesen Weg aber selbst bestimmen. So ist es zwar prinzipiell für die Regelungen, die in dieser Richtlinie festgehalten werden, möchte aber insgesamt möglichst wenige Vorgaben aus Brüssel. Dies gilt vor allem für Punkt 1 und 2, in den Punkten 3 und 4 unterstützt es den Vorschlag.

Rollenprofil Griechenland

Name: Yiannis Maniatis
Partei: sozialistische Partei (PASOK)
Amt: Minister für Umwelt, Energie und den Klimawandel

Persönlichkeit:

Yiannis Maniatis, Mitglied der PASOK, der sozialistischen Partei Griechenlands, war bereits vor seinem Amt als Minister für Umwelt Stellvertreter seines Vorgängers und sammelte Erfahrung im Verkehrsministerium. Als renommierter Geologe und Ingenieur hatte er vor seiner politischen Karriere einen seiner akademischen Forschungsschwerpunkte im Bereich Energietransportsysteme. Er ist seit 2004 griechischer Parlamentarier und Juni 2013 Minister.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Griechenland verfügt über kein Atomkraftwerk, äußert allerdings trotzdem Bedenken gegenüber der Abschaltung der Atomkraftwerke. Zurzeit ist das Land noch von ausländischen Energiequellen, auch von Atomkraft aus den Nachbarländern und sieht die Abschaltung daher als bedenklich.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Über 50% der Stromgewinnung wird in Griechenland noch durch Braunkohle erzeugt. Das Ministerium für Umwelt und Energie hat aber schon die ersten Schritte für den Umstieg auf erneuerbare Energien getan und setzt vor allem auf Wind- und Sonnenenergie. Das Land hat sich verpflichtet, diese bis 2020 auf 18% zu erhöhen.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Griechenland ist darauf bedacht, den Ausbau eines europäischen Energienetzes zu fördern. Dadurch sollen Griechenlands neu gewonnene saubere Energie schnell und effizient

in Europa vertrieben werden. Außerdem wird ein europäisches Gesamtnetz eventuell zu einer Vergünstigung des Stroms beitragen. Ein solches Konstrukt würde auch kleineren Stromanbietern den Markt öffnen, was zu einer Kostenreduzierung führen würde. Gleichzeitig ist man aber bestrebt, das ganze Vorhaben möglichst kostenneutral für das Land zu halten.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Auf Grund der finanziellen Krise im Land ist es für Griechenland ein Anliegen, möglichst unabhängig von fremder und teurer Energie zu sein. Gleichzeitig möchte man dies aber auch mit möglichst geringem finanziellem Aufwand zu tun. Die derzeitige Abhängigkeit von ca. 60% möchte das Land langfristig senken.

Ziele:

Die Vertreter der griechischen Regierung versuchen, möglichst alle Kosten abzuwenden. In Punkt 1 ist man um die nationale Energieversorgung besorgt, hält aber eine Abschaltung bis 2050 für möglich. In Punkt 2 stimmt Griechenland dem Vorschlag prinzipiell zu, findet das Ziel aber sehr ambitioniert. Mit zusätzlicher Unterstützung aus der EU kann das Vorhaben aber gelingen. In Punkt 3 ist das Land in völliger Übereinstimmung mit der Richtlinie. Auch Punkt 4 sehen die Griechen positiv, würden aber um eine Zeitfenster bis 2030 zur Umsetzung bitten.

Rollenprofil Großbritannien

Name: Edward Davey
Partei: Liberal Democrats
Amt: Minister für Energie & Klimawandel

Persönlichkeit:

Edward Davey ist Mitglied der Liberaldemokraten und seit 1997 Abgeordneter im Unterhaus. Seit 2012 gehört er zum Kabinett des Premierministers David Cameron und bekleidet das Amt des Ministers für Energie und Klimawandel. Bevor er 2012 durch Cameron zum Energieminister ernannt wurde, gehörte Davey zum Ministerium für Unternehmen, Innovation und Fähigkeiten.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Großbritannien hat sich zur Zielsetzung genommen, bis zum Jahre 2035 fast alle veralteten Kernreaktoren abzuschalten, nämlich acht der noch insgesamt neun laufenden. Dennoch setzt man in Zukunft auf Kernkraft und möchte dementsprechend neue Kernkraftwerke errichten, welche dann die veralteten Kernreaktoren ersetzen. 2023 wird ein erster Neubau ans Netz gehen. Das Ministerium für Energie und Klimawandel hat sich dazu entschlossen, bis 2050 den Anteil der aus Atomkraftwerken gewonnenen Energie im Verhältnis zur gesamten Energiegewinnung auf 35-40% zu erhöhen. Derzeit wird ca. 15% der Stromerzeugung im Land aus Atomkraft gewonnen. Somit setzt das Vereinigte Königreich verstärkt auf die Energiegewinnung durch Atomkraft, da diese das Rückgrat der aktuellen britischen Energiegewinnung bildet. Eine Abschaltung bis 2050 möchte sich das Königreich nicht vorschreiben lassen.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Großbritannien ist immer noch stark abhängig von Kohle als Hauptenergieträger. Ca. 35% der Stromerzeugung im Land werden aus dem fossilen Brennstoff erzeugt. Im zukünftigen Energiemix des Vereinigten Königreichs wird der Ausbau der erneuerbaren Energien aber

weitestgehend unterstützt. Dabei soll der Anteil der erneuerbaren Energien in der Gesamtheit aller gewonnenen Energien von derzeit ca. 8% bis 2020 auf 15% erhöht werden. Dies soll vor allem durch das Errichten weiterer Offshore-Windparks möglich gemacht werden, die durch das gegebene Klima sehr effizient genutzt werden können. Auch die Nutzung der Solarkraft und Biomasse ist auf dem Vormarsch. Ein Ausbau auf 50% bis 2050 erscheint für das von Kohlekraftwerken geprägte Land aber wenig realistisch.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein europäisches Energienetz

Das Vereinigte Königreich ist der Ansicht, dass ein gemeinschaftliches Energienetz in Europa ihnen entgegenkommen würde, da das britische Energienetz veraltet und ineffizient ist. Durch den Bau weiterer Offshore-Windparks sieht man sich zudem gut für den europäischen Wettbewerb gerüstet.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Das vereinigte Königreich erhöht durch das Errichten neuer Windparks die Chance sich selbst im Export von Energien zu beweisen. Somit scheint eine Wende möglich, in der Großbritannien seine jetzige hohe Anzahl an Energieimporten von ca. 40% reduziert und sich auch am Energieexport in andere Länder beteiligen kann. Möglich kann dies aber nur den Ausbau des europäischen Energiemarktes und der Beibehaltung der Atomkraft werden. Das Königreich unterstützt daher diesen Punkt.

Ziele:

Das Vereinigte Königreich wird in Zukunft nicht auf die Energiegewinnung durch Atomkraft zu verzichten, sondern sieht hierin ein probates Mittel, den Ausstoß von CO₂-Emissionen stark einschränken. Um aber auch die fossilen Brennstoffe einschränken zu können, wird vermehrt auf erneuerbare Energien gesetzt, speziell was Windkraft betrifft. Man ist außerdem zuversichtlich, dass man in naher Zukunft auf einen großen Teil der Energieimporte verzichten kann, da man auf dem Sprung ist sich durch Windenergie zu etablieren und sich selbst versorgen zu können. Großbritannien unterstützt daher die Punkt 3 und 4, möchte aber in den Punkten 1 und 2 seinen nationalen handlungsspielraum behalten. Hier ist man zu Kompromissen bereit, wenn die Formulierungen gelockert werden.

Rollenprofil Irland

Name: Pat Rabbitte
Partei: Labour Party
Amt: Minister für Kommunikation, Energie & Natürliche Ressourcen

Persönlichkeit:

Pat Rabbitte ist seit März 2011 Minister für Kommunikation, Energie und natürliche Ressourcen in Irland. Rabbitte sitzt seit 1989 als Abgeordneter im irischen Parlament, von 1994 bis 1997 war er Minister für Handel, Wissenschaft und Technologie. Er ist Mitgründer der Democratic Left, die sich 1999 mit der Labour Party zusammenschloss. Von 2002 bis 2007 war er Parteivorsitzender.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Pläne über den Bau potentieller Atomkraftwerke gibt es auch in Irland seit den 1970er Jahren. Der Widerstand in der Öffentlichkeit und auch in der Politik führte aber dazu, dass in Irland bisher keine Atomkraftwerke gebaut wurden. Daher ist Irland heute ein Land ohne Atomkraft und fordert den Ausstieg aus der Atomenergie auch für den Rest der Europäischen Union.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Die irische Regierung strebt eine nachhaltige, wirtschaftliche und wettbewerbsfähige Energiepolitik an. Ziel der irischen Energiepolitik ist es daher, eine Effizienzsteigerung in der Energienutzung zu erreichen und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern. Irland plant einen Anstieg der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion auf 40% bis zum Jahr 2020. Besonders die Windenergie hat in Irland ein großes Potential und soll in den kommenden Jahren gestärkt werden, zunehmend mehr Onshore- und Offshore-Windanlagen sind angedacht.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Irland befürwortet die Pläne der Europäischen Union zum Ausbau eines gemeinsamen europäischen Energiemarktes, weist jedoch darauf hin, dass der Umbau mit erheblichen Kosten verbunden sein wird. Insgesamt spricht sich Irland aber für die Pläne der Kommission aus und will in Zusammenarbeit mit der EU und den Mitgliedsstaaten einen wettbewerbsfähigen und integrierten Energiemarkt schaffen.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Irland ist aufgrund geringer fossiler Ressourcen zu 85% abhängig von Importen aus dem Ausland, vor allem Gas und Öl werden eingeführt. Dennoch ist ein elementares Ziel der irischen Energiepolitik mehr Unabhängigkeit von Energieimporten herzustellen.

Ziele:

Irland will sich an einem europaweit gesicherten Energienetz beteiligen. Versorgungssicherheit, Verbesserung der Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien, vor allem durch Windkraft sind große Themen. Daher unterstützt die Regierung den Kommissionsvorschlag in Punkt 1, 2 und 3 vollständig. Eine Verringerung der Importe ist erklärtes Ziel von Irland, wird jedoch erst durch den gleichzeitigen Ausbau von erneuerbaren Energien und dem europäischen Energiemarkt möglich sein. Daher wird sich das Land für die Umsetzung dieses Ziels für ein Zeitfenster bis 2040 einsetzen.

Rollenprofil Italien

Name: Gian Luca Galletti
Partei: Christdemokratische Union der Mitte (UdC)
Amt: Minister für Umwelt, Land und Meer

Persönlichkeit:

Gian Luca Galletti ist Minister für Umwelt, Land und Meer. Seit 2008 ist er stellvertretender Vorsitzender der UdC-Fraktion in der italienischen Abgeordnetenversammlung. Im Mai 2013 wurde er Staatssekretär im Bildungsministerium, bis er am 22.02.2014 zum Minister für Umwelt, Land und Meer in der Regierung Renzi ernannt wurde.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Italien hatte 4 Atomkraftwerke, entschied sich aber nach Tschernobyl-Katastrophe 1987 zu einem schrittweisen Atomausstieg. Dies hatte zur Folge, dass im Jahre 1990 das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet wurde. Ein geplanter Wiedereinstieg ist nach einem Referendum nach der Katastrophe von Fukushima gescheitert, Italien verfolgt daher mit hohem Interesse die Abschaltung aller europäischen Atomkraftwerke, um die Kernenergie komplett abzuschaffen und diese durch erneuerbare Energien zu ersetzen.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Erneuerbaren Energien haben in den letzten fünf Jahren an Bedeutung gewonnen. Windkraft, Photovoltaikanlagen und Biomasse sind die Hauptträger. Bis 2020 will Italien im Rahmen der europäischen Klimaziele 20% seines Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien decken. Das Ziel, bis zum Jahr 2050 bereits 50% zu erreichen, ist für Italien ambitioniert, aber vor allem vor dem Hintergrund dadurch die Atomkraft in den Nachbarländern abzuschalten machbar.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Dem Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz steht Italien ebenfalls positiv gegenüber, da ein großer Teil (ca. 80 %) der Energieversorgung durch Energieimporte gedeckt wird. Ein gesamteuropäisches Energienetz würde für Italien daher von Vorteil sein, da Kosten eingespart werden könnten. Italien möchte sich aber dafür stark machen, dass es eine klare Anteilsfestlegung für erneuerbare Energien im Gesamtvolumen gibt und nicht nur Atomstrom durch die EU transportiert und gehandelt wird.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Da Italien über keine besonders große interne Energieerzeugung verfügt, ist der Anteil externer Energieversorgung mit 80% dementsprechend hoch. steht der Zukunft jedoch positiv gegenüber, da der Anteil der externen Energieversorgung seit 2006 stetig gesunken ist. Daher ist es im Interesse Italiens, zukünftig auch eine Senkung zu erwirken, damit im Jahre 2050 eine Importrate von 50% nicht überschritten wird.

Ziele:

Aufgrund des bereits erfolgten Atomausstiegs möchte Italien auch den europaweiten Ausstieg vorantreiben, auch und gerade im Hinblick auf den Ausbau erneuerbarer Energien. Italien teilt die Forderung nach einem gesamteuropäischen Energienetz, hat hierbei als Ziel aber eine klare Anteilsfestlegung für erneuerbare Energien im Gesamtvolumen. Die Importbegrenzung wird unterstützt, dabei betrachtet man ein Zeitfenster bis 2030 für realistisch.

Rollenprofil Kroatien

Name: Hrvoje Dokoza
Partei: Socijaldemokratska partija Hrvatske (SDP)
Amt: Stellvertretender Minister für Umwelt und Naturschutz

Persönlichkeit:

Hrvoje Dokoza wurde 1971 geboren und ist seit 1997 studierter Maschinenbauer. Von Mai 1998 bis September 2011 hatte er verschiedene technische und kaufmännische leitende Posten in der Autoindustrie inne. Seit Dezember 2011 ist er stellvertretender Minister für Umwelt und Naturschutz. Er besitzt bisher wenig Erfahrung in europäischer Politik, wird jedoch aus seinem großen Erfahrungsschatz aus Verhandlungen in der Automobilindustrie schöpfen können und die Interessen seines Landes vehement und mit Nachdruck vertreten.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Es gibt kein Atomkraftwerk auf kroatischem Boden, jedoch gibt es ein gemeinschaftlich genutztes Werk auf slowenischem Boden. Die Kapazität des nahe an der kroatischen Grenze liegenden Atomkraftwerks in Krsko beträgt etwa 700MW. Bis 2015 soll über eine Laufzeitverlängerung entschieden werden. Die jetzige kroatische Regierung steht der Laufzeitverlängerung positiv gegenüber und denkt auch über den Bau eines neuen, eigenen Werks nach. In Kroatien macht Atomstrom 20% des erzeugten Stroms aus. Der Energiebedarf in Kroatien steigt stetig, sodass eine Abschaltung des vorhandenen Atomkraftwerks momentan nicht in Frage kommen kann.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Kroatien besitzt ein hohes Potential für Wind- und Sonnenenergie, setzt jedoch zu 75% auf fossile Brennstoffe im Stromverbrauch und plant seine Kapazitäten im Bereich Atomstrom weiter auszubauen. Die Wasserkraft macht jetzt schon 25% aus. Bis zum Jahr 2020 sollen jedoch Anlagen im Bereich Windkraft, Biomasse und Solarthermie zur Erzeugung erneuer-

barer Energien hinzukommen. Das Ziel, diese auf 50% bis 2050 zu erhöhen scheint jedoch wenig realistisch.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Durch seine geographische Lage kann Kroatien zum wichtigen Transitland für den außereuropäischen Energiehandel werden und ist schon heute einer der wichtigsten Partner der EU bei der Verwirklichung der NABUCCO-Gaspipeline. Außerdem ist Kroatien bereits seit 1995 an das innereuropäische UCTE-Netz angeschlossen und ist dort seit 2001 als Vollmitglied geführt. Kroatien sieht dem Ausbau eines europäischen Energiemarktes weiterhin positiv entgegen.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Kroatien bezieht momentan ca. 50% des Gesamtenergieverbrauchs aus Importen und ist bestrebt, sich von Energieimporten von außerhalb der EU zu lösen. Dazu sollen der Ausbau der erneuerbaren Energien, sowie ein eigenes Atomkraftwerk, welches sich in Planung befindet, beitragen. Kroatien kann also in seiner momentanen Position diesem Punkt zustimmen.

Ziele:

Das Ziel Kroatiens ist es, sich weitgehend selbstständig versorgen zu können, wozu auch das für 2020 geplante Atomkraftwerk beitragen soll. Dieses bis 2050 wieder abzuschalten, wäre nicht rentabel. Kroatien nimmt die 20-20-20 Ziele der EU an und will sich an einem europaweit gesicherten Energienetz beteiligen. Die Versorgungssicherheit und Verbesserung der Energieeffizienz sind zurzeit große Themen. In Punkt 1 und 2 wünscht sich Kroatien somit mehr eigene Handlungskompetenz und weniger strikte Vorgaben, in Punkt 3 und 4 kann es dem Richtlinienvorschlag folgen.

Rollenprofil Lettland

Name: Vjačeslavs Dombrovskis
Partei: Reformpartei
Amt: Minister für Wirtschaft

Persönlichkeit:

Es ist bereits das zweite Ministeramt für den studierten Wirtschaftswissenschaftler der Reformpartei, der Anfang der 2000er in den USA promovierte. Zuvor war er bereits von Mai 2013 bis Januar 2014 Minister für Bildung und Wissenschaft. Bereits kurz nach Beginn seiner politischen Karriere 2011 wurde er Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Der Fokus seines Vorgängers war vor allem auf die nationale Politik ausgerichtet. Dombrovskis weitete diese auch vor dem Hintergrund seiner umfangreichen Auslandserfahrung stetig auf Europa aus. Mit dem erforderlichen Weitblick ausgestattet, ist es nun sein Ziel, die Interessen des lettischen Volkes im Hinblick auf die EU zu vertreten und dauerhafte Kooperation zu fördern.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

In Lettland existieren keine Atomkraftwerke, aber in Kooperation mit Litauen, Estland und Polen wird ein Kraftwerk in Litauen geplant, das eben diese Länder mit Energie versorgen soll. Lettland verfügt über keine eigenen Erdgas- und Erdölvorräte, sodass das Land 65% der Energie importieren muss und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. So ist ein Ausstieg aus der Atomenergie in naher Zukunft nicht möglich. Die Regierung ist aber bereit, einer Abschaltung zu einem späteren Zeitpunkt, bei gleichzeitigem Ausbau der Energieinfrastruktur und Förderung erneuerbarer Energien, zuzustimmen, um in Lettland die Energieunabhängigkeit zu gewährleisten.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Lettland verfügt bereits über einen großen Anteil erneuerbarer Energie, hat sich aber das Ziel gesetzt, diese noch weiter auszubauen, um eine Energieunabhängigkeit zu erreichen.

70% der in Lettland produzierten Energie wird aus Wasserkraft gewonnen, des Weiteren spielt die Energieproduktion durch Biomasse eine wichtige Rolle. Dennoch sieht sich Lettland nicht in der Lage, vor allem in Anbetracht des eventuell bevorstehenden Atomausstiegs, bis 2050 50% des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Ein Ausbau der Energieinfrastruktur wird von der lettischen Regierung absolut befürwortet, da dieser die Unabhängigkeit von Russland bedeuten würde. Gleichzeitig kann das Land in Kooperation mit den europäischen Nachbarländern Energie austauschen.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Lettland zeigt mit seinem hohen Anteil an erneuerbaren Energien und seinen Plänen zu einem weiteren Ausbau dieser das Bestreben, von externer Energieversorgung unabhängig zu sein. Das Konzept des gemeinschaftlichen Atomkraftwerkes unterstützt diese Zielsetzung. Allerdings hält die Regierung das Ziel, die externe Energieversorgung auf 50% zu reduzieren bei einem zukünftigen Atomausstieg für unrealistisch. Ein Atomausstieg bewirkt zu diesem Zeitpunkt das Gegenteil und weist Lettland weiterhin auf externe Energieversorgung an. Die Regierung ist allerdings bereit diese Ziele zu einem späteren Zeitpunkt umzusetzen.

Ziele:

Die Unabhängigkeit von externer Energieversorgung hat für Lettland Priorität. Um die Kooperation mit der EU, vor allem im Bereich der Energieversorgung zu stärken und auch eventuelle finanzielle Unterstützung zu bekommen, sieht Lettland, trotz inhaltlicher Differenzen, es als essentiell an, die vorgeschlagenen Richtlinien zu verabschieden. Eine Einigung stellt ein wichtiges Zeichen für die lettische Bevölkerung auf dem Weg zur Integration in die EU dar. So wird sich die Lettische Regierung bis auf Punkt 3 für eine lockerere Formulierung einsetzen, ist aber zu Kompromissen bereit, wenn es entsprechende Hilfsbereitschaft der EU und der Mitgliedsstaaten sieht, die strikteren Ziele umzusetzen.

Rollenprofil Litauen

Name: Jarosław Niewierowicz
Partei: Sozial-konservative polnische Minderheitspartei (LLRA)
Amt: Minister für Energie

Persönlichkeit:

Von 2001 bis 2004 arbeitete Neverovičius in der litauischen Botschaft in Washington, von 2004 bis 2005 in der Abteilung für Sicherheitspolitik und von 2005 bis 2006 als 3. Sekretär in der EU-Abteilung im Außenministerium Litauens. Von 2006 bis 2008 war er stellvertretender Außenminister. Seit dem 10. Februar 2009 fungiert er als erster Energieminister Litauens überhaupt.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Litauen musste aufgrund des EU-Beitritts am 31. Dezember 2009 sein leistungsstarkes Atomkraftwerk abschalten und ist seitdem stark von Erdöl- und Erdgasimporten aus Russland abhängig. Zurzeit steht zur Debatte, ob ein neues Atomkraftwerk in Kooperation mit Estland und Lettland errichtet werden sollte, um so die Abhängigkeit von Russland zu minimieren. Dieses würde zusätzlich neue Arbeitsplätze schaffen. Allerdings wird die Rentabilität dieses Projekts in Frage gestellt, da im weiteren Umkreis (Nachbarländer) ebenfalls der Bau von Atomkraftwerken geplant ist. Litauen ist auf Atomenergie angewiesen und um die Energiestabilität besorgt, falls es zu früh zur Abschaltung der Atomkraftwerke kommen und noch nicht genügend Alternativen vorhanden sein sollten. Aufgrund dessen kann die litauische Regierung dem Vorschlag der Kommission nur begrenzt Folge leisten, ist aber zu Kompromissen bereit.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Über 90% der Energie Litauens wird durch Atomkraft, Erdöl, Erdgas oder Holzverbrennungsanlagen erzeugt. Allerdings muss der Anteil der erneuerbaren Energien im Rahmen

der Agenda 2020 auf mindestens 23% steigen. Der Ausbau erneuerbaren Energien wird zurzeit vorangetrieben. Litauen setzt sich daher für einen Ausbau der Subventionen ein.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Der Ausbau des europäischen Energiemarktes erfährt die 100%-ige Unterstützung der litauischen Regierung. Litauen befindet sich seit Jahren in Verhandlungen mit Polen und Schweden über den Anschluss an das europäische UCTE-Netz. So bietet sich die Chance, sich aus der Abhängigkeit von Gazprom beziehungsweise der russischen Regierung zu befreien, was enorme Vorteile für ganz Litauen bieten würde.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Litauen strebt aufgrund des zurzeit schlechten und angespannten Verhältnisses zu Russland eine Energieunabhängigkeit an. Es wird viel getan, um eine selbstständige Versorgung zu erreichen. Da derzeit fast 80% des Energieverbrauchs aus Importen stammen, ist das Ziel von 50 % als eher unrealistisch zu bezeichnen und muss für Lettland noch verhandelt werden.

Ziele:

Ziel ist es, langfristig unabhängig von Energieimporten zu werden. Dies soll vor allem durch den Anschluss an das europäische Energiesystem sichergestellt werden. Außerdem soll vermehrt auf erneuerbare Energien gesetzt werden, für welche man jedoch auf Subventionen angewiesen ist. Ein Zusammenschluss des Energienetze mit anderen baltischen Ländern und Polen wird als sinnvoll erachtet, da man gemeinsame Interessen so besser verfolgen könne. In punkt 2 und 3 schließt sich Litauen dem Vorschlag an, in Punkt 1 und 4 müssen aber Lockerungen vorgenommen werden.

Rollenprofil Luxemburg

Name: Etienne Schneider
Partei: Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP)
Amt: Minister für Wirtschaft

Persönlichkeit:

Etienne Schneider fungiert seit Dezember 2013 als stellvertretender Premierminister, Wirtschaftsminister sowie Minister für Innere Sicherheit und Verteidigung. Der studierte Finanz- und Handelsexperte ist seit 1991 Mitglied der Partei, von 1995 bis 2010 zunächst Gemeinderat, später erster Stadtrat in Kayl, von 1997 bis 2004 war er zusätzlich Generalsekretär seiner Partei. 2012 bis 2013 war er bereits Minister für Wirtschaft und Handel.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Luxemburg betreibt selbst kein einziges Atomkraftwerk und ist aktives Mitglied der „Allianz gegen Kernenergie“, einem Zusammenschluss von den EU-Mitgliedsstaaten, die keine Atomkraftwerkstandorte sind. Durch die geographische Nähe zu Frankreich ist Luxemburg aber stetig mit den Risiken und Gefahren von Atomkraftwerken konfrontiert. Man befürwortet deswegen den Vorschlag der Europäischen Kommission alle Atomkraftwerke abzuschalten, so früh wie möglich. Gerade die Schließung des Atomkraftwerk Cattenom ist akut gefordert.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Klimaschutz und die konsequente Förderung von erneuerbaren Energien stehen ganz oben auf der Liste der energiepolitischen Ziele. Luxemburg soll zu einem Pionier in der Großregion werden, was die Energieeffizienz und alternative Energiequellen angeht. Auf Strom aus Nuklearkraftwerken soll nicht mehr zurückgegriffen werden. Bei seinen Nachbarländern und den Niederlanden will sich die neue Regierung dafür einsetzen, dass in Westeuropa erneuerbare Energiequellen voll in den Strom- und Gasmarkt integriert werden. Die Luxemburger Politik zur Entwicklung der erneuerbaren Energien setzt auf Biomasse, Wind-

energie, der Solarthermie und Wärmepumpen. Dies soll durch Einspeisevergütung und Investitionszuschüsse gefördert werden.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Da Luxemburg momentan noch stark von Energieimporten abhängig ist, will die Regierung die Versorgung durch den weiter verbesserten Anschluss an die Strom- und Gasnetze der Nachbarländer absichern. Es plant den Ausbau von Verstärkungen der Verbindungen mit Belgien und Frankreich. Durch den europäischen Energiemarkt werden Kosten gespart, da der Strom aus erneuerbaren Energien dort erzeugt wird, wo dies am kosteneffizientesten ist und wo die geographische Lage dies auch hergibt. Luxemburg setzt auf Grund eigener fehlender nationaler Potenziale an erneuerbaren Energien auf die Kooperation mit den Nachbarstaaten und sieht diese als ein Standbein zur Erreichung seiner Ziele.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Der weitaus größte Teil des Energiebedarfs wird noch durch Importe (97%) gedeckt. In den letzten Jahren wurde sowohl von gewerblicher Seite als auch von Privathaushalten jedoch viel in alternative Energien investiert. So ist Luxemburg z. B. der europäische Rekordhalter in installierter Photovoltaikleistung pro Kopf der Bevölkerung. Wind und Biogasanlagen sind auf dem Vormarsch. Eine Reduzierung auf 50% ist für das Land aber derzeit nicht machbar.

Ziele:

Luxemburg macht sich für eine Abschaltung der Atomkraftwerke stark und wird alles versuchen, um die alternativen Energien zu fördern. Neben Punkt 1 und 2 stimmt das Land auch in Punkt 3 mit dem Richtlinienvorschlag überein. Da Luxemburg stark von Importen abhängig ist, kann es einer Reduzierung auf 50% nicht zustimmen.

Rollenprofil Malta

Name: Konrad Mizzi
Partei: Malta Labour Party
Amt: Minister für Energie und Wasserreinhaltung

Persönlichkeit:

Der Sozialdemokrat Mizzi ist seit 2013 der Minister für Energie und Wassereinhaltung von Malta. In der Außenpolitik vertritt die Malta Labour Party einen Kurs der außenpolitischen Neutralität und ist der Europäischen Union eher skeptisch gegenüber eingestellt.

Vor seinem Antritt eines politischen Amtes war Konrad Mizzi bei maltesischen und britischen Unternehmen aktiv. Er agierte unter anderem als Partner und Geschäftsführer des Energiebereichs bei der Beratungsgesellschaft Pcubed, und Manager bei Deloitte und der British Telecom.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Malta ist eines von elf Mitgliedern der Europäischen Union, das kein einziges Atomkraftwerk betreibt. Malta nutzt keine Kernenergie zur Stromerzeugung und hat das auch in Zukunft nicht vor. Trotz dessen gelten für das Land die Anforderungen an die nukleare Sicherheit, denn Malta betreibt andere Aktivitäten im Nuklearbereich, z.B. die Entsorgung radioaktiver Abfälle öffentlicher Einrichtungen, vor allem aus der Industrie und aus dem Gesundheitswesen. Als aktives Mitglied in der „Allianz gegen Kernenergie“ verstärkt Malta seine Bemühungen in möglichst naher Zukunft die Abschaltung aller Atomkraftwerke innerhalb der Europäischen Union zu erreichen.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Der Energiebedarf Maltas steigt kontinuierlich. Bisher stammt die Energie fast ausschließlich aus der Verbrennung von importiertem Öl. Gegenüber der Europäischen Union ist Malta die Verpflichtung eingegangen, bis 2020 mindestens 10% seines Bruttokonsums an Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Ende 2012 lag die Quote noch unter 2% und beschränkte sich praktisch auf den Einsatz von Fotovoltaik, der bisher von der Regie-

nung in begrenztem Umsatz gefördert wird. Der bisherige Plan der Regierung sieht vor, die Zielquote mit der folgenden Aufteilung zu gewinnen: Offshore Windkraft 3,48%, Onshore Windkraft 0,6%, Stromerzeugung aus Müll 2,18%, Heizenergie aus Müll 0,32%, Warmwasserbereitung mit Sonnenenergie 0,52%, Photovoltaik 0,69% und Biokraftstoffe 2,14%. Eine Quote von 50% bis 2050 ist für das Land aber kaum zu realisieren.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Malta setzt sich stark für den Ausbau des gesamteuropäischen Energienetzes ein, da es in vielen Projekten davon abhängig ist. Als Beispiel sei hier die Planung eines Offshore-Windparks mit 18 bis 20 Windrädern und einer Kapazität von insgesamt circa 100 MW. Dieses Projekt verzögert sich jedoch, da die Voraussetzung für die Realisierung des Windparks die Anbindung an das europäische Stromnetz ist. Eine Kabelverbindung mit Sizilien, die das gewährleistet, ist gegenwärtig im Bau.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Da das maltesische Stromnetz noch nicht mit anderen Staaten verbunden ist, muss der gesamte benötigte Strom in Malta produziert werden. Da Malta keine eigenen Ressourcen besitzt, setzt die Enemalta (das einzige maltesische Energieversorgungsunternehmen) komplett auf importierte Brennstoffe, vor allem schweres Heizöl. Der Brutto-Inlands-Energieverbrauch bestand 2009 vollständig aus Öl- und Mineralölerzeugnissen. Da der Ausbau der erneuerbaren Energien nur schleppend vorangeht, ist Malta in naher Zukunft weiter auf Importe, die vor allem aus Nicht-EU-Ländern stammen, angewiesen. Eine Reduzierung auf 50% scheint nicht möglich.

Ziele:

Malta setzt sich stark für die Abschaltung aller europäischen Atomkraftwerke ein und versucht, die von der Europäischen Union gesetzten Ziele zur Thematik der erneuerbaren Energien bestmöglich umzusetzen. Aber das Land steht erst am Anfang. Bis 2050 50% des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken, ist für Malta kaum zu schaffen. Allerdings verfügt Malta über keine eigenen Energieressourcen und ist daher abhängig von externen Lieferanten. Die Erreichung des Ziels, nicht mehr als 50 Prozent der Energie extern zu beziehen, ist für Malta unrealistisch.

Rollenprofil Niederlande

Name: Henk Kamp
Partei: Liberale Volkspartei (VVD)
Amt: Minister für Wirtschaft

Persönlichkeit:

Der gelernte Steuerprüfer Kamp ist seit November 2012 Wirtschaftsminister. Seit 1994 ist er Mitglied der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments, zwischen 2002 und 2007 war er Verteidigungsminister, bevor er von Oktober 2010 bis November 2012 das Amt des Ministers für Soziales und Arbeit inne hatte.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Die Niederlande besitzt mit nur einem Atomkraftwerk in der EU eine sehr geringe Anzahl. Das Atomkraftwerk ist allerdings beim Stresstest durchgefallen. Der Bau eines weiteren Kraftwerks ist geplant. Die Forderung einer Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050 erscheint der Regierung ambitioniert, jedoch arbeiten die Niederlande gleichzeitig daran, bis 2050 auf erneuerbare Energien komplett umzusteigen. Dafür ist aber eine hohe Finanzierung notwendig. Aus diesem Grund ist auch ein weiteres AKW in Planung. So sollen die Kosten der Umrüstung aufgefangen werden. Ob dies bis 2050 gelingt, möchten die Niederlande aber in eigener Hand belassen und sich nicht von der EU in einen Zeitplan drängen lassen. Die Niederlande sind daher für eine Lockerung der Formulierung.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Die Bevölkerung der Niederlande spricht sich ganz klar gegen die Atomenergienutzung aus (80%). Die Regierung will diesem Trend definitiv langfristig folgen. Bis 2020 wollen die Niederlande 14% des Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien abdecken. Derzeit befinden sich die Niederlande mit einem Anteil von 4,4 % auf einem guten Weg. Seit dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr wird dieses Vorhaben allerdings etwas vernachlässigt

und der Fokus zunächst auf den Bau neuer Atomkraftwerke gelegt. Die Regierung bevorzugt deshalb einen „Mix der Energien“, auch „green and grey energy“ genannt. Die Niederlande ist mit den Forderungen im Allgemeinen einverstanden, benötigt nur noch mehr Zeit zur Durchführung.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Die Niederlande stimmt einem Ausbau des Energiemarktes zu und fordert sogar einen Ausbau auf internationaler Ebene, da sich die Energiekonzerne hauptsächlich in privaten Händen befinden. Die Niederlande spricht sich vor allem für einen Nord-Westlichen Energiemarkt aus, welcher auch „cross-border-trades“ genannt wird. Dies ermöglicht den heimischen privaten Netzerkanbietern die Investition in Europa beziehungsweise in europäische Unternehmen und fördert somit die Wirtschaft. Außerdem würde dies die niederländischen Staatseinnahmen steigern, da die Regierung einige Bereiche aus dem Energiesektor privatisiert. Somit würde dies auch den niederländischen Atomausstieg beschleunigen, welchen die niederländische Regierung mit Nachdruck begrüßt. Die Niederlande stimmt dem Vorschlag eindeutig zu.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Die letzte Regierung der Niederlande hatte ihr Hauptaugenmerk auf die Offshore-Windkraft (Windenergie im Meer) gelegt. Die neue Regierung will nun schnellstens die Planungen für neue AKWs abschließen, sodass der Prozentsatz von ca. 17% an Importen nicht ansteigt. Allerdings kann die Offshore-Windkraft nicht mehr mit einer so großen Nachhaltigkeit aufrecht gehalten werden, da die Niederlande die Kosten nicht dauerhaft stemmen kann. Insgesamt befürworten die Niederlande aber diese Ziel.

Ziele:

Obwohl die Niederlande allen Punkten des Richtlinienvorschlags prinzipiell zustimmen, möchten Sie für Punkt 1 und 2 größere Spielräume erreichen, um die Ziele in eigenem Ermessen auch wirklich umsetzen zu können.

Rollenprofil Österreich

Name: Dr. Reinhold Mitterlehner
Partei: Österreichische Volkspartei (ÖVP)
Amt: Minister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Persönlichkeit:

Der Jurist war von 1991 bis 1997 Gemeinderat, von 2000 bis 2008 Abgeordneter im Nationalrat und Obmann des Wirtschaftsausschusses. Als Minister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft arbeitet seit 2009 und somit in der zweiten Legislaturperiode im selben Amt. Er setzt sich auf internationaler Ebene stark für die Stärkung von Umweltschutz und nachhaltiger Energie ein.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Österreich besitzt keinerlei Atomkraftwerke und deckt den inländischen Bedarf größtenteils durch fossile Brennstoffe, erneuerbare Energien und Importe. Jedoch ist Österreich von Ländern umringt, die zahlreiche AKWs betreiben. Verschiedene Stresstests (zum Beispiel in Deutschland) haben gezeigt, dass die Sicherheit der Anlagen oftmals nicht ausreichend gewährleistet ist, wodurch indirekt auch Österreich gefährdet wird. Deshalb steht man einer Abschaltung positiv gegenüber und wird diesen Punkt unterstützen.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Einem Ausbau erneuerbarer Energien steht Österreich positiv gegenüber. Da das Thema Energieeffizienz und -nachhaltigkeit generell ein viel diskutierter Bereich der nationalen Politik ist, will man das Zurückfahren fossiler Energiegewinnung vorantreiben. Jedoch ist das bisherige Ziel, bis 2020 34% des Bedarfs aus erneuerbaren Energien zu gewinnen momentan nur langsam zu realisieren. Eine Erweiterung auf 50% bis 2050 könnte demnach nicht rechtzeitig verwirklicht werden. Hinsichtlich der zeitlichen Vorgaben will Österreich folglich noch verhandeln.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Die Republik Österreich ist bei diesem Vorschlag eher indifferent. Das Land selbst will die eigene Energiegewinnung so weit vorantreiben, dass man bis 2050 energieautark ist. Der Ausbau europäischer Stromnetze zum Import von Energie ist demnach eher von nachrangigem Interesse. Im Falle von Exportmöglichkeiten des eigenen Stroms dürfte die Erweiterung jedoch den eigenen Zwecken dienlich sein. Also wird man sich vorerst darauf beschränken, den Argumentationen der anderen Staaten zuzuhören und sich gegebenenfalls später einer Seite anzuschließen.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Dieses Ziel strebt Österreich bereits in erweiterter Form selbst an. Bis 2050 soll das Land vollständige Energieautarkie vorweisen und somit völlig auf den Import aus anderen Ländern verzichten können. Ein gemeinsames Arbeiten an erneuerbaren Energien und somit Investitionen würde man begrüßen. Dieser Punkt deckt sich vollständig mit den eigenen Zielen und Österreich wird ihm vorbehaltlos zustimmen.

Ziele:

Österreich will klare und schnelle Beschlüsse ohne all zu große Änderungen der Vorschläge, weil dies auch nationale Belange unterstützen würde. Dabei stehen besonders die Abschaltung der Atomkraftwerke, der Ausbau von erneuerbaren Energien und eine größere Selbstversorgung im Vordergrund. Man plant Koalitionen mit Unterstützern selbiger Punkte um der gewünschten Perspektive Gewicht zu verleihen. Nur einige Details erfordern marginale Korrekturen.

Rollenprofil Polen

Name: Janusz Piechociński
Partei: Polnische Volkspartei (PVP)
Amt: Wirtschaftsminister

Persönlichkeit:

Der Wirtschaftswissenschaftler ist seit 1990 Mitglied der PVP und seit der Unabhängigkeit Abgeordneter im Parlament. Piechociński hatte bereits mehrere wirtschaftsnahe Ämter inne, bevor er 2011 Wirtschaftsminister und stellvertretender Premierminister wurde.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Polens Energiezufuhr besteht derzeit zu einem kleinen Teil aus russischen Gaslieferungen und zu einem Großteil aus den eigenen Kohlekraftwerken. Um von der russischen Abhängigkeit und der umweltverschmutzenden und endlichen Kohle wegzukommen, plant Polen zwei eigene Atomkraftwerke zu bauen, die ab 2025 ans Netz gehen werden. Diese bis 2050 wieder abzuschalten, ist dementsprechend indiskutabel. Die Laufzeit wäre zu kurz, damit die Kraftwerke rentabel wären.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Polen fühlt sich den europäischen Klimazielen verpflichtet und will deshalb die Kohlekraftwerke reduzieren, die derzeit über 90% des Energiebedarfs decken. Um dies zu schaffen, muss Polen bis 2020 15% der Energie aus erneuerbaren Energien gewinnen, setzt aber generell auf Atomkraft als CO₂-freundliche Alternative zur Kohle. Eine Deckung des Energiebedarfs von 50% bis 2050 ist für Polen aber kaum zu schaffen, die Branche steht erst am Anfang.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Auch wenn Polen versucht, seinen Energiebedarf selbst zu decken, setzt sich das Land für einen Ausbau eines gesamteuropäischen Energienetzes ein, um Versorgungssicherheit herzustellen.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Bereits jetzt deckt Polen seinen Energiebedarf größtenteils aus heimischer Kohle. Obwohl diese Kohlezufuhr reduziert werden muss, darf dies nicht zugunsten der Abhängigkeit von externer Energie passieren, vor allem nicht von russischer. Auch wenn die nationalen Ziele weit höher sind, sollten sich auch die europäischen Nachbarn nicht von außereuropäischer Energie abhängig machen, die dann zu einem politischen Druckmittel werden kann. Stattdessen sollten die europäischen Staaten die Gasinfrastruktur innerhalb der EU ausbauen.

Ziele:

Da Polen plant, in die Atomenergie einzusteigen, setzt es sich für eine längere Laufzeit der Atomkraftwerke ein. Da der Sektor der erneuerbaren Energien noch sehr klein ist, soll die Grenze von 50% gesenkt werden. Wichtig ist vor allem, dass die Abhängigkeit von externer Versorgung nicht nur Polens sondern aller europäischer Staaten niedrig bleibt.

Rollenprofil Portugal

Name: Jorge Moreira da Silva
Partei: Christdemokratische Partei (PSD)
Amt: Minister für Umwelt, Raumordnung und Energie

Persönlichkeit:

Der Minister ist als Mitglied der PSD konservativ ausgerichtet. Da Silva gilt als ausgewiesener Experte in Fragen des Klimawandels und der Energiepolitik. In dieser Funktion beriet er bereits die Europäische Investitionsbank und José Barroso, sowohl als dieser noch portugiesischer Regierungschef war, als auch zu Beginn seiner Amtszeit in der Kommission. Auf europäischem Parkett kennt er sich bestens aus, da er zudem von 1999 bis 2003 Europaabgeordneter war.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Das Land Portugal besitzt keine eigenen Kraftwerke, importiert aber ca. 80% an Energie importiert vor allem französischen Atomstrom. Auf Grund der guten Voraussetzungen für die Nutzung von Erneuerbaren Energien und dem Bemühen des Landes diese stark auszubauen, fordert das Land Portugal die Abschaltung der Atomkraftwerke bis 2050.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Auf Grund der derzeitigen defizitären Haushaltsslage hat sich das Land Portugal dazu verpflichtet eine nachhaltigere Energiepolitik anzustreben. Durch die starke Förderung von Erneuerbaren Energien soll bis 2020 31% des Energieverbrauches aus Erneuerbaren Energien gewonnen werden. Portugal hält es für dringend notwendig, früh auf Erneuerbare Energien zu setzen und fordert, dass schon für 2020 feste Ziele vereinbart werden, um den Energiebedarf bis 2050 zu über 50% eines Landes zu versorgen.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Der Minister unterstützt den Vorschlag der Kommission für den Ausbau eines gemeinsamen Netzes, da das Land Portugal seine Abhängigkeit vom Importeur Frankreich abgeben könnte und ein großes europäisches Netz auch zur starken Förderung von Erneuerbaren Energie beiträgt. Eine Dezentralisierung der Stromnetze in den einzelnen EU-Staaten hebt die Abhängigkeit einzelner kleinerer Staaten von den größten Energieproduzenten innerhalb der EU auf und Energieengpässe werden verhindert.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Auf Grund der relativ hohen Abhängigkeit von Energieimporten (80%) steht Portugal der starken Verringerung auf 50% kritisch gegenüber. Dies kann nur gelingen, wenn anstelle von Nicht-EU-Staaten die Energie von Mitgliedsländern geliefert werden kann. Dafür ist der Ausbau des gesamteuropäischen Stromnetzes nötig. Des Weiteren muss die EU alternative Energien stark fördern. Die Kosten für die Umstellung kann das Land allerdings nicht alleine tragen. Somit ist das Land prinzipiell mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden, schlägt aber anstatt 50% nur die Hälfte, also 25%, vor.

Ziele:

Im Grunde steht Portugal dem Vorschlag der Kommission positiv gegenüber. Lediglich Punkt vier müsste gelockert werden, da der Ausbau des gesamteuropäischen Stromnetzes und der alternativen Energien noch viel Zeit in Anspruch nimmt, um die Marke von nur 50% an Importen in absehbarer Zeit zu erreichen.

Rollenprofil Rumänien

Name: Răzvan-Eugen Nicolescu
Partei: Partidul Național Liberal (PNL)
Amt: Minister für Energie

Persönlichkeit:

Răzvan-Eugen Nicolescu studierte BWL mit dem Schwerpunkt Marketing und arbeitete zunächst am Institut Oskar von Miller, einer Versuchsanstalt für Wasseranbau und Wasserwirtschaft. Danach war er als Berater der rumänischen Regierung tätig und begleitete dann den Minister für Energiefragen in Rumänien. Im Anschluss konnte er seine Karriere als Direktor des rumänischen Erdöl- und Erdgaskonzerns OMV Petrom S.A. fortsetzen und seit 2014 fungiert er als Energieminister seines Landes. Sein betriebswirtschaftliches Studium und seine Marketing-Erfahrungen machen ihn zu einem charismatischen Politiker, der sein Wirken und seine Präsenz zielorientiert einsetzt.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Insgesamt herrscht in Rumänien ein „atomstrom-freundliches Klima“ vor. Der Atomstrom in Rumänien macht ca. 20% der Energie aus. Derzeit wird ein Atomkraftwerk mit zwei Blöcken betrieben. Das 1996 in Betrieb genommene Kraftwerk soll umgebaut und um zwei neue Reaktoren ergänzt werden. Auftraggeber sind mehrere internationale Unternehmen, die sich 2008 zu einem Konsortium zusammengeschlossen haben, um ursprünglich das rund 2,5 Mrd. Euro teure Projekt bis 2015 umzusetzen. Im Zuge der Finanzkrise stiegen 2011 drei der insgesamt sechs Konzerne aus dem Projekt jedoch wieder aus. Der Bau eines neuen Kraftwerks wurde 2006 von RWE angekündigt und soll bis 2020 fertig gestellt werden.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Rumänien hat im Ausbau erneuerbarer Energien ambitionierte Ziele und strebt nach einer Reduzierung der Treibhausgase und einem gesteigerten Anteil erneuerbarer Energien im

Endverbrauch. Bemessen am BIP verbraucht Rumänien rund 50% mehr Energie als der EU-Durchschnitt und produziert darüber hinaus rund fünfmal mehr Treibhausgase. Die rumänische Regierung sieht daher im Bereich der Energieeffizienz großes Einsparpotenzial. So konnte 2012 33% der Stromproduktion aus Wasserkraft gewonnen werden. Bis 2020 möchte Rumänien einen Anteil von 24% an erneuerbaren Energien erreichen.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Rumänien hat bis heute keine konkreten Schritte unternommen, um ein gesamteuropäisches Energienetz zu unterstützen. Es sieht auch in Zukunft keinen Bedarf, an diesem Projekt mitzuarbeiten.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Rumänien strebt eine Energieversorgung an, die ohne Energieimporte auskommt. Dafür setzt es vor allem auf Gelder aus den EU-Entwicklungsfonds, da es die Kosten hierfür alleine nicht tragen kann. Derzeit liegt die Importquote bei ca. 20%.

Ziele:

Rumänien kann einer endgültigen Abschaltung aller Atomkraftwerke nicht zustimmen, da die Wirtschaft auf die Versorgungssicherheit angewiesen ist und den Investoren der Bau eines neuen Kraftwerkes bereits zugesagt wurde. Den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützt Rumänien intensiv, das Land verfügt aber über wenig finanzielle Spielräume und wäre zur Erreichung der gemeinsamen europäischen Energieziele auf EU-Subventionen angewiesen. Zu Punkt 3 verhält sich das Land neutral. Da Rumänien die Quote aus Punkt 4 bereits erfüllt, unterstützt es den Vorschlag der Kommission und wird auch andere Länder ermutigen sich nicht weiter vor allem von russischen Importen abhängig zu machen.

Rollenprofil Schweden

Name: Anna-Karin Hatt
Partei: Centerpartiet (Zentrumspartei)
Amt: Ministerin für IT und Energie

Persönlichkeit:

Dies ist bereits das zweite Ministeramt von Frau Hatt. Von 2010 bis 2011 war sie bereits Ministerin für IT und Regionalangelegenheiten. Sie hat nicht nur eine lange sondern auch erfolgreiche politische Karriere hinter sich, weshalb sie bestimmt und kompetent, gleichzeitig aber ruhig und höflich auftritt. In ihrer Centerpartiet - der schwedischen Zentrumspartei, die bürgerlich und grün auftritt - ist sie Staatssekretärin im zentralen Organisationsbüro der Regierung von Schweden. Auf nationaler Ebene vertritt sie mit ihrer Partei vor allem die Landwirtschaft und Kleinunternehmen. Auf europäischer Ebene ist sie darauf bedacht, sich für erneuerbare Energien einzusetzen und auf nationaler Schweden (technische) Modernisierung und vor allem Fortschritt zu bescheren.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Schweden hat im EU-Vergleich den höchsten Anteil an Atomstrom (die höchste Produktion pro Einwohner), die durch 10 Reaktoren an 4 Standorten gedeckt wird. Bisher galten Schwedens Reaktoren als sicher, im Zuge der Stresstests und nach Informationen von Greenpeace muss dieses Bild jedoch revidiert werden. Laut Berichten weisen die in den 70er und 80er Jahren errichteten Kraftwerke sowohl gravierende technische Mängel sowie eine schlechte Sicherheitskontrollkultur auf, weshalb sie eine große Gefahr für Schweden und seine Nachbarländer darstellen. 1980 wurde der Atomausstieg beschlossen, jedoch wurde dieses Ziel bisher nicht kontinuierlich verfolgt. Das ursprüngliche Ziel von einem Ausstieg bis 2010 konnte nicht erreicht werden, im Gegenteil: 2009 wurde der Bau eines weiteren Kraftwerks beschlossen. Experten gehen davon aus, dass ein Atomausstieg - wie von der Kommission vorgegeben - vor 2050 auch nicht realisierbar ist, da das Land noch

viel zu sehr von dieser Energieform abhängig ist. Dementsprechend wurde bspw. auch scharfe Kritik am deutschen Ausstiegsentschluss 2011 geübt.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Trotz seiner Abhängigkeit von Atomstrom befindet sich Schweden im Hinblick auf erneuerbare Energien weit an der Spitze Europas. Der Großteil seines Energiebedarfs (45%) wird durch regenerative Energien (hauptsächlich Wasserkraft) gedeckt. Der Anteil an Windkraft ist trotz eines sehr hohen Potentials sehr gering. Auf Grund der hohen Anteile von Wasser- und Atomkraft ist die Co²-Rate in Schweden niedrig. Ein Ziel der Politik ist es, bis 2021 die fossilen Brennstoffe durch Biotreibstoffe und erneuerbare Energien zu ersetzen. Bis 2020 sollen Windkraft und erneuerbare Energien rund 50% der Energieerzeugung ausmachen; die Emission von Treibhausgasen soll bis 2050 um rund 40% reduziert werden. Somit befürwortet Schweden das von der Europäischen Kommission vorgegebene Ziel, den Energiebedarf bis 2050 zu 50% durch erneuerbare Energien zu decken.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Die regionalen sowie lokalen Distributionsnetze Schwedens sollen ausgebaut werden, um eine bessere Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Auf Grund des steigenden Energiebedarfs ist das Land jedoch auch auf einen Ausbau transskandinavischer Leitungsinfrastrukturen angewiesen, der in der Zukunft vor allen in Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Dänemark, Finnland und Norwegen erfolgen wird. Zudem laufen bereits Planungen zur Errichtung eines Unterseekabels durch die Ostsee. Seine über viele Jahre hinweg gewährte Unabhängigkeit von Öl- und Energieimporten soll dadurch in jedem Fall gewahrt bleiben.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Nach dem Beschluss, sich von der Abhängigkeit von Ölimporten zu befreien verfügt Schweden nun mit nur 36,5% über eine sehr geringe Energieabhängigkeit von anderen Ländern. Diese möchte Schweden unbedingt gewahrt wissen, ist jedoch auch auf den Energiehandel mit anderen europäischen Staaten angewiesen.

Ziele:

Schwedens Prioritäten liegen darin, den Anteil an erneuerbaren Energien so weit als möglich aufzustocken, gleichzeitig jedoch Schwedens Unabhängigkeit zu wahren und das Land zu modernisieren. In den Punkten 2 bis 4 stimmt das Land daher dem Richtlinienvorschlag voll zu und wird sich für die Einhaltung der Inhalte einsetzen. In Punkt 1 wird Schweden sich aber größere Freiräume erbeten, da eine Abschaltung bis 2050 nicht gewährleistet werden kann.

Rollenprofil Slowakische Republik

Name: Tomáš Malatinský
Partei: Parteilos
Amt: Wirtschaftsminister

Persönlichkeit:

Der 1959 in Bratislava geborene Malatinský ist Bauingenieur, bekleidete verschiedene Führungspositionen in der Energiewirtschaft und ist seit 2012 parteiloser Wirtschaftsminister. Durch seine Erfahrung in der Energiebranche ist er ein verhandlungssicherer Experte.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Zurzeit existieren zwei Atomkraftwerke mit fünf Reaktorblöcken in der Slowakischen Republik, die rund 50% der Stromproduktion ausmachen. Auf den Energiemix bezogen macht nukleare Energie in der Slowakischen Republik rund 21% aus, und stellt damit einen der höchsten Werte innerhalb der Europäischen Union dar. Generell herrscht in der Slowakischen Republik ein sehr „Atom-freundliches Klima“ vor. Die politische Elite und die Bevölkerung des Landes sind sich darin einig, dass Atomkraftwerke eine probate Lösung für die Klimaziele und die Unabhängigkeit von Importen darstellen. Der Schwerpunkt der slowakischen Energieversorgung liegt daher auf der Atomkraft. Aus diesem Grund ist die Schaffung eines weiteren Atomkraftwerks bis zum Jahr 2025 geplant. Zusätzlich wird ein alter Atommeiler modernisiert. Hiermit soll dessen Laufzeit um 31 Jahre verlängert werden.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Der Anteil der Erneuerbaren Energien vom nationalen Energieverbrauch liegt bei 10%. Das Land bemüht sich jedoch um den Ausbau und hat Investitionen in Höhe von rund 500 Mio. Euro vorgesehen (zum Vergleich: Für den Ausbau der Atomkraft werden ca. 2,8 Mrd. Euro veranschlagt). Bis 2020 sollen 24% und bis 2030 sogar 27% der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Der Fokus im Bereich der erneuerbaren Energien

liegt auf der Biomasse, die vor allem im Heizsektor zur Anwendung kommen soll. Solar-energie spielt in der Slowakei eine eher untergeordnete Rolle.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Rund 99% des benötigten Gases wird von Russland bezogen. Um seine Abhängigkeit von externen Energiequellen zu verringern, unterstützt die Slowakei seine östlichen EU-Nachbarn unter der Führung Polens bei Gründung einer europäischen Einkaufsgemeinschaft für Erdgas. Durch die gebündelte Marktmacht erhoffen sie sich niedrigere Preise und eine bessere Verhandlungsposition. Dieser Energietransfer ist aber nur mit dem Ausbau eines gesamteuropäischen Energienetzes möglich.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Rund 70% des Energieverbrauchs besteht aus fossilen Brennstoffen (Kohle, Gas und Öl). Da die Slowakische Republik selbst über wenige Ressourcen verfügt, ist das Land in der Energiebereitstellung und -sicherung stark abhängig von Importen aus dem Ausland. Rund 63% der Energie wurden importiert. Der Anteil liegt damit ca. 10% über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedsstaaten. Die Mittel der slowakischen Energiepolitik zur Senkung des Anteils an externer Energieversorgung sind: eine Effizienzsteigerung der Energienutzung, die Senkung des Energieverbrauchs, eine Erhöhung der erneuerbaren Energien (Heizungs- und Stromsektor), die Unterstützung von alternativen Brennstoffen beziehungsweise Kraftstoffen für den Transport sowie der Ausbau der Atomkraft.

Ziele:

Die Ziele der Slowakei sind Energiesicherheit, Unabhängigkeit von Energieimporten, Ausbau der Energieeffizienz, Reduzierung des Energieverbrauchs, Senkung der Energieintensität, Anlage von Energiereserven und Ausbau der Kernenergie. Daher kann die Slowakei einem strikten Datum für den Atomausstieg nur schwer zustimmen und möchte sich hier nationale Souveränität bewahren. Das Land treibt zwar den Ausbau der erneuerbaren Energien voran, hält den Anteil von 50% bis 2050 für zu hoch und setzt sich hier für weniger strikte Ziele ein. In Punkt drei stimmt das Land dem Richtlinienvorschlag vollkommen zu. Um die externe Energieversorgung zu senken, muss die Atomkraft ausgebaut und europäische Partner als neue Energielieferanten gewonnen werden. Nur dann kann das angestrebte Ziel in Punkt 4 erreicht werden.

Rollenprofil Slowenien

Name: Roko Žarnić
Partei: Demokratische Pensionistenpartei Sloweniens
Amt: Minister für Umwelt und Raumplanung

Persönlichkeit:

Roko Žarnić fungiert seit 2010 als Minister für Umwelt und Raumplanung im Kabinett von Borut Pahor. Er studierte und promovierte an der Universität Ljubljana, war unter anderem am Forschungszentrum für Material- und Strukturforschung tätig und konzentrierte sich dort verstärkt auf das Fachgebiet „Erdbebensicherheit von Gebäuden“.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Slowenien kann eine kontroverse Geschichte um die Debatte der Atompolitik verzeichnen. Nachdem in den 1980er Jahren Pläne für den Ausbau des bis heute einzigen Atomkraftwerks am Standort Krsko laut wurden, beschloss Slowenien in den 1990er Jahren einen Langzeit-Ausstieg aus der Atomenergie. Im Jahr 2006 wurde ein Ausbau der Atomkraft erneut diskutiert und durch den Regierungswechsel 2008 wurden diese Pläne wieder aufgenommen und im Koalitionsvertrag vereinbart. Es soll in Krsko ein zweiter Reaktor entstehen, der bis 2023 fertig gebaut werden soll. Das AKW Krsko ist zur Hälfte in kroatischem Besitz. Die Kroaten wollen sich nach derzeitigem Stand der Dinge nicht am Bau des zweiten Reaktors beteiligen. Krsko war in der Vergangenheit immer wieder in der Kritik, weil es in einem Erdbebengebiet steht. Stresstests aus dem Jahr 2012 hatten jedoch ergeben, dass Krsko sowohl Erdbeben als auch Überschwemmungen standhalten könne. Dagegen soll es aber Nachholbedarf bei Sicherheitsvorkehrungen gegeben haben, für den Fall, dass es tatsächlich zu einem Erdbeben kommt. Die Stromversorgung in Slowenien wird mit knapp 40 % durch Atomkraft gesichert.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Zurzeit wird in Slowenien ein neuer Energieplan diskutiert, welcher den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Energieeffizienz bis 2030 definieren soll. Der Anteil Erneuerbarer Energie (EE) am Gesamtenergieverbrauch soll laut Nationalem Aktionsplan (NAP) in Slowenien ausgehend von 16,2% im Jahr 2005 auf 25% im Jahr 2020 steigen. Mit einem Anteil von 7% an der Primärenergieversorgung spielen erneuerbare Energien in Slowenien bisher aber eher eine untergeordnete Rolle. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird jedoch durch die Regierung gefördert, unter anderem durch eine Einspeisevergütung. Besonders wichtig für den Energiemix der Zukunft wird in Slowenien, wie bisher auch, die Wasserkraft sein. Sie trägt jetzt schon zu 5% zur Primärenergieversorgung bei. Der im Juni 2010 verabschiedete Aktionsplan sieht vor, dass bis 2020 25% des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Die Umsetzung der Regierungsziele geht jedoch bisher nur langsam voran und der Ausbau erneuerbarer Energien wird unter anderem durch die strengen Naturschutzbedingungen, das Fehlen eines grundlegenden Energieprogramms sowie eine unzureichende Umsetzung von Förderprogrammen und langwierige Raumplanungsprozeduren gehemmt.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Bisher handelt Slowenien nur mit Italien über gemeinsame Strombörsen. Durch die Importabhängigkeit (ca. 50% Importe) und die gleichzeitig weiter steigende Wirtschaftskraft des Landes sowie durch den steigenden Energieverbrauch ist Slowenien sehr daran interessiert, zuverlässig mit Energie versorgt zu werden.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Sämtliches Erdöl und Gas wird importiert, insgesamt derzeit ca. 50% des Energieverbrauchs. Um die Abhängigkeit von Energieimporten zu senken, setzt sich Slowenien stark für eine Förderung der erneuerbaren Energien und den Ausbau der Atomkraft ein.

Ziele:

Slowenien kann sich der Forderung zur Schließung aller Atomkraftwerke nicht anschließen, höchstens mit einer längeren Frist. Vielmehr setzt es auf verbesserte Stresstests und auf die grundlegende Klärung der Frage, wie Atommüll sicher endgelagert werden kann. Zwar wird zeitgleich der Ausbau erneuerbarer Energien forciert, aber nur ein Zusammenspiel

zwischen mehreren Energiequellen kann der steigenden Wirtschaft und dem steigenden Verbrauch der slowenischen Bürger gerecht werden und Versorgungssicherheit gewährleisten. In Punkt drei und vier stimmt Slowenien dem Richtlinienvorschlag zu.

Rollenprofil Spanien

Name: José Manuel Soria
Partei: Partido Popular
Amt: Minister für Industrie, Tourismus und Handel

Persönlichkeit:

Soria ist studierter Wirtschaftswissenschaftler und war von 1984 bis 1989 Dozent für Mikroökonomie und Internationale Wirtschaft in Madrid. Seit 1999 ist er Vorsitzender der konservativen Partei Partido Popular auf den Kanarischen Inseln. Von 2003 bis 2007 war er Präsident der Inselregierung Gran Canaria, musste sein Amt allerdings trotz seiner Wiederwahl im Jahr 2007 aufgrund eines Misstrauensvotums abgeben. Seit 2011 ist er Abgeordneter im spanischen Parlament für den Wahlkreis Gran Canaria und seit Dezember 2011 Minister für Industrie, Tourismus und Handel.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Das Thema Atomstrom wird in Spanien heftig diskutiert. Die Regierung von Zapatero versprach 2008 vor ihrer Wiederwahl die Abschaltung aller Atomkraftwerke, die 40 Jahre in Betrieb sind. Das erste AKW hätte demnach im März 2011 abgeschaltet werden müssen. Allerdings wurde diese Maßnahme aufgrund des Drucks der Industrie zunächst verschoben. Auch aufgrund der Wirtschaftskrise beschlossen Regierung und Opposition anschließend, die Laufzeit der AKWs nicht weiter zu begrenzen. Eine drastische Kehrtwende gab es dann im Januar 2014 mit der Ankündigung, eine Laufzeitverlängerung von knapp 20 Jahren in Erwägung zu ziehen. Soria war hierbei treibende Kraft.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Der neue Aktionsplan der spanischen Regierung sieht einen erheblichen Ausbau der erneuerbaren Energien vor. Beispielsweise soll die Kollektorfläche der Solarthermie bis zum Jahr 2020 von aktuell 2,46 Mio. pro m² auf 10 Mio. pro m² ausgebaut werden. Diese sollen

auf Krankenhäusern, Schulen, Sportstädten und Industriekomplexen aufgebaut werden. Ende 2013 wurde jedoch die Einspeisevergütung radikal gestrichen. Darüber hinaus ist Biomasse ein Wachstumssektor in Spanien. Marktpotential besteht vor allem im Bereich der Biomasseheizungen, Kraft-Wärme- (Kälte)-Kopplung, Nah- und Fernwärmenetze für Wärme- und Kälteversorgung sowie Maschinen für nachwachsende Rohstoffe und Anlagen für die thermische Verwertung von organischen Abfallstoffen.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Spanien deckt ca. 75% des Energiebedarfs durch Importe ab. Der Ausbau eines gesamteuropäischen Netzes und der damit verbundene gemeinsame Energiemarkt würde für Spanien von Vorteil sein, weil dieser die Effizienz der Stromtransporte verbessern und damit die Kosten verringern würde.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Spanien steht vor dem Problem, dass es derzeit etwa 75% der Energie aus Importen gewinnt. Diese Zahl ist allerdings in den vergangenen drei Jahren bereits um 5% gesunken. Dies lässt sich auf die Bemühungen im Sektor der erneuerbaren Energien zurückführen. Ein Fortschreiten dieser Tendenz wäre denkbar, allerdings will man sich in Spanien durch die Förderung von erneuerbaren Energien in absehbarer Zeit vom Atomstrom abwenden. Diese Maßnahme würde die Bestrebungen, weniger als 50% des Energiebedarfs aus dem Ausland zu beziehen, zurückwerfen. Insgesamt befindet sich Spanien auf dem Weg zu mehr Energieunabhängigkeit, würde einer Beschränkung auf höchstens 50% des Energieimports allerdings nur zustimmen, wenn die Importe von anderen EU-Ländern anstatt von nicht EU-Staaten übernommen werden können.

Ziele:

Die aktuelle Regierung hat in Fragen der Atomkraft eine Kehrtwende vollzogen und steht dem Kommissionsvorschlag zur Schließung aller AKWs nun ablehnend gegenüber. Grundsätzlich unterstützt man den Ausbau erneuerbarer Energien, jedoch sollte die Finanzierung und der Umfang der Förderung den Nationalstaaten überlassen werden. Durch den Ausbau des gesamteuropäischen Energienetzes kann Spanien von der Abhängigkeit von Energieimporten von nicht EU-Staaten loskommen und seine benötigte Energie von anderen Mit-

gliedsländern beziehen. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Senkung auf 50% möglich. Spanien setzt sich jedoch für eine Frist für die Umsetzung ein.

Rollenprofil Tschechische Republik

Name: Jan Mládek
Partei: Sozialdemokratische Partei (ČSSD)
Amt: Minister für Industrie und Handel

Persönlichkeit:

Jan Mládek ist seit Ende Januar 2014 Minister für Industrie und Handel in der Tschechischen Republik. Der 54-jährige Ökonom war bereits von 2005 bis 2006 tschechischer Minister für Landwirtschaft und gehört wie Regierungschef Sobotka den Sozialdemokraten an.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Die Tschechische Republik produziert 33% ihres Stroms durch Atomkraftwerke. Der Staat setzt auf Kernenergie als Alternative zur umweltfeindlichen Energiegewinnung aus Kohlekraftwerken. Atomenergie ist CO₂-Neutral, weshalb durch den Ausbau der Atomenergie die Treibhausemissionen reduziert werden können. Die Energiegewinnung durch das Verbrennen von Braunkohle deckt aktuell noch 57 % des Energiebedarfs der Tschechischen Republik ab. Mit über 19 Terrawattstunden exportiertem Strom liegt Tschechien hinter Frankreich und Deutschland auf Platz 3 aller EU-Staaten, sodass eine gewisse Abhängigkeit der anderen EU-Staaten von der Tschechischen Republik besteht. Als Beispiel ist durchaus Deutschland zu nennen, welches Strom, unter anderem auch Atomstrom, aus Tschechien importiert. Die Tschechische Republik besteht auf Souveränität bei der Festlegung des Energiemixes sowie der Abschaltung der Atomkraftwerke.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Derzeit werden schon knapp 11% des Energiebedarfs der Tschechischen Republik durch Strom aus erneuerbaren Energien gedeckt. Im Rahmen der Reduzierung der Energiegewinnung aus Kohlekraftwerken wird neben der Kernenergie selbstverständlich auch auf den Ausbau erneuerbarer Energien gesetzt. Die Tschechische Republik förderte die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien mit garantierten Einspeisetarifen, welche jedoch

Anfang 2014 gestrichen wurden. Die Bevölkerung Tschechiens hat sich in einer Umfrage für erneuerbare Energien ausgesprochen. Laut tschechischem Gesetz sollen bis zum Jahr 2030 15% des Strombedarfs der Tschechischen Republik durch erneuerbare Energien gewonnen werden. Da die Tschechische Republik ein Binnenstaat ist, stehen ihr keine freien Flächen auf Meeren zur Verfügung, um große Windkraftwerke zu bauen, wie es in Deutschland oder Frankreich der Fall ist. Der Vorschlag der Kommission, bis 2030 50% des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken, ist nicht umzusetzen. Die Tschechische Republik kann jedoch, wie bereits festgelegt, 15% bis 2030 befürworten.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Bereits heute fließt deutscher Strom durch tschechische Stromleitungen von den Windkraftwerken der Ostsee in den Süden Deutschlands. Die Tschechische Republik steht für eine Bündelung der Nachfrageinteressen innerhalb der EU und dem damit verbundenen Ausbau eines gesamteuropäischen Stromnetzes und will den Vorschlag der Kommission unterstützen. Des Weiteren schlägt die Tschechische Republik vor, die europäischen Energieressourcen zentral zu verwalten.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Die Tschechische Republik bezieht ca. 25% seines Energieverbrauchs aus Importen. Davon sind sowohl über 70% ihres Gases als auch über 70% ihres Erdöls aus Russland. Dennoch ist die Tschechische Republik als souveräner Staat daran interessiert, unabhängig von der Großmacht Russland zu sein. Dementsprechend unterstützt die Tschechische Republik grundsätzlich den Antrag der Kommission.

Ziele:

Während die EU-Kommission bis 2050 alle AKWs abschalten möchte, hat die tschechische Energiekommission den Vorschlag eingereicht, im Jahr 2030 50% ihres gesamten Energiebedarfs mit Atomenergie zu decken und somit die Atomkraft zu stärken. Grund hierfür ist der Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kohlekraftwerke. Ob eine Abschaltung der Atomkraftwerke bis zum Jahr 2050 möglich ist, möchte die Republik selbst entscheiden, da dies vom Fortschritt des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Möglichkeit der Versorgung durch andere europäische Länder anstatt durch externe Staaten abhängt. Den Ausbau der erneuerbaren Energien befürwortet die Tschechische Republik, die Forderung

gen der Kommission sind für das Land aber nicht zu erreichen. In Punkt drei stimmt der Staat völlig überein mit dem Richtlinien-Vorschlag. Die Tschechische Republik hat das erklärte Ziel, unabhängig von externer Energieversorgung zu sein.

Rollenprofil Ungarn

Name: Miklós Seszták
Partei: Christdemokraten (KDNP)
Amt: Minister für nationale Entwicklung

Persönlichkeit:

Der studierte Rechtsanwalt war von 2002 bis 2010 Mitglied der Komitatsversammlung Szabolcs-Szatmár-Bereg und der Stadtversammlung der Stadt Kiszárda. Miklós Seszták ist seit 2010 Abgeordneter für die KDNP im ungarischen Parlament, stellvertretender Vorsitzender der Partei und seit Juni 2014 Minister für nationale Entwicklung.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Ungarn entscheidet sich gegen den Atomausstieg und sieht die Abschaltung von anderen Atomkraftwerken von europäischen Staaten als Möglichkeit, den eigenen Atomstrom in das europäische Ausland zu exportieren. Aufgrund dessen werden zwei neue Reaktorblöcke am einzigen ungarischen AKW Paks geplant. Die Regierung hat die Laufzeit alter Reaktoren bis 2035 verlängert. Paks liefert derzeit einen Anteil von 43,25% des Stroms in Ungarn.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Ungarn baut auf den Ausbau von Biomassekraftwerken. Der Anteil von erneuerbaren Energieträgern soll in der Energieverwendung von 13% auf 14,65% bis 2020 erhöht werden. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf Biomasse und Biogas. Ungarn bezieht derzeit 80% seiner erneuerbaren Energie für die Strom- und Wärmegewinnung aus Biomasse. Die Verwendung von Biogas auch im öffentlichen Verkehr soll angetrieben werden. Das Land plant den Bau von Geothermie-Kraftwerken, um Thermalquellen zur Energiegewinnung zu nutzen. Im europäischen Vergleich sind die Einspeisevergütungen für regenerative Energien aber sehr niedrig, was deren Stellenwert in der nationalen Energieplanung verdeutlicht.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Das Land unterstützt den Ausbau von Energienetzen im Hinblick auf einen Gas-Blackout. Außerdem strebt Ungarn an, von Energieimporten unabhängig zu werden und stattdessen Energie in andere Länder zu exportieren. Hierzu wäre ein europäischer Energiemarkt förderlich für Ungarns Interessen.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Momentan führt Ungarn etwas mehr als 50% seiner Energie von anderen Staaten ein, das meiste davon aus Russland. Ungarn ist bestrebt, ohne eine höhere externe Energieversorgung seinen Energiebedarf zu decken und von Russland unabhängiger zu werden.

Ziele:

Das Land ist bemüht, nicht stärker von Energieimporten abhängig zu sein und setzt auf den Ausbau seines Atomkraftwerkes Paks. Das Land hofft, durch den Atomausstieg anderer Länder die Rolle des Energieexporteurs zu übernehmen. Das Land will den Absprung von fossilen Brennstoffen bewältigen, um hohe Strompreise zu verhindern und Klimaschutzziele einzuhalten. Eine Abschaltung dieses Kraftwerks bis 2050 ist zwar im Bereich des Möglichen, Ungarn möchte aber diese Entscheidung in nationaler Hand belassen, da der Ausbau der alternativen Energien noch am Anfang steht. Wasserkraft und Windenergie stellen keine nationalen Interessen dar. Stattdessen setzt Ungarn auf Geothermie-Kraftwerke, die die zahlreichen unterirdischen Thermalquellen des Landes zur Energiegewinnung nutzen sollen. Doch der Ausbau dieser Energiequellen steht noch am Anfang. Das Ziel, die 2050 bereits 50% des nationalen Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken, hält Ungarn für zu ambitioniert. In Punkt 3 und 4 stimmt das Land dem Kommissionsvorschlag voll zu.

Rollenprofil Zypern

Name: Giorgos Lakkotripis
Partei: zentristische demokratische Partei (DIKO)
Amt: Minister für Energie, Industrie, Handel und Tourismus

Persönlichkeit:

Giorgos Lakkotripis ist seit Februar 2013 Minister in Zypern. Er gehört zu einer jungen und dynamischen, im europäischen Ausland und den USA ausgebildeten, Politikergeneration. Als Mathematiker, Computerfachmann und Wirtschaftswissenschaftler, der bei Microsoft arbeitete, wurde vor seinem Ministeramt in Aufsichtsräte staatlicher Unternehmen berufen.

Position:

Thema 1: Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2050

Zypern verfügt über kein Atomkraftwerk. Einer Abschaltung aller Atomkraftwerke bis 2030 würde Zypern daher zustimmen. Allerdings ist das Land vollkommen abhängig von ausländischen Energieimporten, da es zurzeit bis auf einen schmalen Anteil an Solarenergie über keine eigenen Energiequellen verfügt.

Thema 2: Ausbau der erneuerbaren Energien

Zypern hat es sich selbst zum Ziel gesetzt, das Land in ein regionales Energiezentrum zu verwandeln. Neben Offshore Erdgasbohrungen soll dieses Ziel durch die Ausschöpfung aller verfügbaren erneuerbaren Energien verfolgt werden, dazu zählen unter anderem Windparks, Photovoltaik- und Solaranlagen sowie Biomasse und Biogasanlagen. Somit steht Zypern einem Ausbau der erneuerbaren Energien sehr positiv gegenüber, da das Land dies auch als eine Chance sieht, Energieunabhängigkeit zu erlangen.

Thema 3: Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Energienetz

Zypern würde den Ausbau des europäischen Energiemarktes durch ein gesamteuropäisches Netz sehr begrüßen, da es so einerseits besser an das europäische Netz angeschlossen wäre, was zurzeit nicht der Fall ist. Andererseits könnte es auch sein eigenes Erdgas dem europäischen Energiemarkt zur Verfügung stellen und somit in Wettbewerb mit den anderen Ländern treten.

Thema 4: Anteil der externen Energieversorgung nicht höher als 50%

Zypern wird in den nächsten Jahren versuchen, immer unabhängiger von externen Energieversorgern zu werden. Dabei setzt das Land neben erneuerbaren Energien auf Erdgasbohrungen im Mittelmeer, deren Know-How das Land auch exportieren möchte. Durch die große Abhängigkeit von externer Energieversorgung, die derzeit noch besteht, will Zypern aber möglichst viel Zeit für den Ausbau der eigenen Energieversorgung und sich von der EU nicht unnötig unter Druck setzen lassen.

Ziele:

Griechenland begrüßt zwar prinzipiell die Abschaltung der Atomkraftwerke, da es selbst keine hat. Gleichzeitig ist es aber von der Atomkraft von Nachbarländern abhängig. Das Land steht erst am Anfang, sich selbst mit Energie zu versorgen. Neben Erdgas sind verschiedenste Arten von erneuerbaren Energien ein wichtiger Pfeiler für die Zukunft. Zypern bezweifelt allerdings, dass es bis 2050 bereits 50% über erneuerbare Energien decken kann und wird sich hier für einen größtmöglichen Spielraum einsetzen. Ebenso verhält es sich mit einer Deckelung des Anteils der externen Energieversorgung. Auch wenn Zypern die Reduzierung anstrebt, möchte es sich von der EU keinen zu engen Zeitplan diktieren lassen.